Geldwäscherecht

Herzog / Barreto da Rosa / El-Ghazi

6. Auflage 2026 ISBN 978-3-406-83057-0 C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Herzog Geldwäschegesetz





Geldwäschegesetz (GwG)

Begründet von

Prof. Dr. Felix Herzog

Professor an der Universität Bremen

Fortgeführt von

Dr. Steffen Barreto da Rosa

München

und

Prof. Dr. Mohamad El-Ghazi

Universitätsprofessor an der Universität Trier

Dr. Olaf Achtelik Rechtsanwalt Berlin

Antonia von Kruedener

Berlin

Dr. Bernadette Seehafer Brüssel

Prof. Dr. Kilian Wegner

Berlin/Halle (Saale)

6. Auflage 2026



Zitiervorschlag: Herzog/Barreto da Rosa/El-Ghazi/Bearbeiter GwG § 1 Rn. 1



ISBN 978 3 406 83057 0

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG Wilhelmstraße 9, 80801 München info@beck.de Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza Umschlag: Druckerei C.H.Beck

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark



chbeck.de/nachhaltig produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten. Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 6. Auflage

Mit dem im April 2024 auf EU-Ebene beschlossenen EU-Geldwäschepaket schreitet die Harmonisierung der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung weiter voran. Bestandteil dieses Pakets sind ua die Richtlinie (EU) 2024/1640 (6. EU-Geldwäsche-RL) und die Verordnung (EU) 2024/1624 (EU-Geldwäsche-VO). Diese Regelwerke sind bereits im Juli 2024 in Kraft getreten und finden im Wesentlichen ab dem 10. Juli 2027 - bzw. die Richtlinie nach Umsetzung – in allen EU-Mitgliedstaaten Anwendung. Vor allem dieser Umbruch auf regulatorischer Ebene hat bei den bisherigen Herausgebern des vorliegenden Kommentars zum Entschluss geführt, einen Umbruch auch auf Herausgeberebene zu initiieren und die Verantwortung für das Werk in neue Hände zu geben. Prof. Dr. Felix Herzog und Olaf Achtelik haben sich nicht nur um dieses Werk, das schon nach wenigen Auflagen zum Standardkommentar des Geldwäscherechts in der Bundesrepublik erwachsen ist, verdient gemacht. Durch ihr Wirken haben die Kollegen auch einen Beitrag zum Fortkommen der Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung geleistet. Nicht ohne Grund zählen beide zu den angesehensten Experten des Geldwäscherechts.

Trotz der Übergabe in neue Herausgeberhände bleibt der Kommentar in der nunmehr 6. Auflage seinem Grundkonzept treu. Mit den beiden neuen Herausgebern Dr. Steffen Barreto da Rosa und Prof. Dr. Mohamad El-Ghazi vereint der Kommentar weiterhin die Kompetenzen aus Wissenschaft und Praxis: praxisnah mit wissenschaftlichem Anspruch!

Die neue 6. Auflage konnte nicht bis 2027 warten. Dafür ist der Regelungsbereich von einer zu starken Dynamik geprägt. Die vorliegende Neuauflage berücksichtigt zahlreiche Änderungen seit Erscheinen der 5. Auflage. Dazu zählen insbesondere die Anpassungen durch das Gesetz zur Stärkung der risikobasierten Arbeitsweise der FIU, das Finanzmarktdigitalisierungsgesetz, die MiCAR und die VO (EU) 2023/1113. Außerdem gibt die Neuauflage Ausblicke auf die Neuregelungen nach dem EU-Geldwäschepaket.

Der Kommentar spiegelt den Stand der Gesetzgebung vom September 2025 wider.

Wir schätzen uns sehr glücklich mit der 6. Auflage nicht nur weiter auf Herrn Dr. Olaf Achtelik und Frau Dr. Bernadette Seehafer als Mitwirkende zählen zu können, sondern zudem eine weitere erfahrene Praktikerin, nämlich Frau Antonia von Kruedener, und einen weiteren Wissenschaftler, Herrn Prof. Dr. Kilian Wegner, im AutorenInnenteam begrüßen zu dürfen. Beide bereichern das Werk zusätzlich mit ihrer Expertise.

Steffen Barreto da Rosa, München

Mohamad El-Ghazi, Trier



Inhalt	ort zur 6. Auflage sverzeichnis rzungsverzeichnis	V XIII LXV
Einlei	tung (Barreto da Rosa/El-Ghazi)	1
	Kapitel 1	
G	esetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftate (Geldwäschegesetz – GwG)	en
	Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen und Verpflichtete	
§ 1 § 2 § 3 § 3a	Begriffsbestimmungen (Figura/Seehafer)	73
§ 2	Verpflichtete, Verordnungsermächtigung (Wegner)	152
§ 3	Wirtschaftlich Berechtigter (Seehafer)	237
§ 3a	Risikobasierter Ansatz, nationale Risikoanalyse (Wegner)	296
	Abschnitt 2. Risikomanagement	
ξ4	Risikomanagement (Wegner)	301
§ 4 § 5	Risikoanalyse (Wegner)	305
§ 6	Interne Sicherungsmaßnahmen (Wegner) Geldwäschebeauftragter (Wegner)	311
§ 7	Geldwäschebeauftragter (Wegner)	325
§ 6 § 7 § 8 § 9	Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht (Wegner)	332
§ 9	Gruppenweite Pflichten (Achtelik)	339
	Abschnitt 3. Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden	
ξ 10	Allgemeine Sorgfaltspflichten (Figura/von Kruedener)	357
§ 10 § 11	Identifizierung; Erhebung von Angaben zum Zweck der Identifizie-	
	rung (Figura/von Kruedener)	426
§ 11a	Verarbeitung personenbezogener Daten durch Verpflich-	
	tete (Figura/von Kruedener)	445
§ 12	Überprüfung von Angaben zum Zweck der Identifizierung, Verord-	
6.40	nungsermächtigung (Figura/von Kruedener)	447
§ 13	Verfahren zur Überprüfung von Angaben zum Zweck der Identifi-	460
C 1 1	zierung, Verordnungsermächtigung (Figura/von Kruedener)	468
§ 14	Vereinfachte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächti-	473
S 15	gung (Figura/von Kruedener)	482
§ 15	Verstärkte Sorgfaltspflichten bei der Übertragung von Kryptower-	402
y 13a	ten von einer selbst gehosteten oder an eine selbst gehostete	
	Adresse (von Kruedener)	530
§ 16	Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet (Achtelik)	535
§ 16a	Verbot der Barzahlung beim Erwerb von Immobi-	
	lien (von Kruedener)	547
§ 17	Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte, vertragliche Ausla-	
	gerung (von Kruedener)	555

Abschnitt 4. Transparenzregister

Vorbe	emerkung vor §§ 18–26a – Transparenzregister (Seehafer)	574
§ 18	Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende	
	Stelle (Seehafer)	586
§ 19	Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten (Seehafer)	595
	Angaben zu Immobilien (Seehafer)	604
	Erfassung und Zuordnung von Immobilien (Seehafer)	607
§ 20	Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigun-	600
c 20.	gen (Seehafer)	608
	Automatische Eintragung für Vereine (Seehafer)	631
§ 21	Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Rechtsgestaltun-	635
§ 22	gen (Seehafer) Zugängliche Dokumente und Datenübermittlung an das Transpa-	055
9 22	renzregister, Verordnungsermächtigung (Seehafer)	646
§ 23	Einsichtnahme in das Transparenzregister, Verordnungsermächti-	040
9 23	gung (Seehafer)	649
S 23a	Meldung von Unstimmigkeiten an die registerführende	049
g 25a	Stelle (Seehafer)	669
s 23h	Meldung von Unstimmigkeiten bei der Zuordnung von Immobi-	009
9 230	lien (noch nicht in Kraft) (Seehafer)	683
§ 24	Gebühren und Auslagen, Verordnungsermächtigung	003
y 24	(Seehafer)	685
§ 25	Übertragung der Führung des Transparenzregisters, Verordnungser-	003
9 23	mächtigung (Seehafer)	690
§ 26	Europäisches System der Registervernetzung, Verordnungsermächti-	070
g 20	gung (Seehafer)	696
\$ 260	Abruf durch hestimmte Behörden (Cookafor)	701
g 20a	Abruf durch bestimmte Behörden (Seehafer)	701
A	Abschnitt 5. Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchunger	1
	emerkungen vor §§ 27–42 – Zentralstelle für Finanztransaktionsunter-	
	ingen (FIU) (Barreto da Rosa)	705
§ 27	Zentrale Meldestelle (Barreto da Rosa)	738
§ 28	Aufgaben, Aufsicht und Zusammenarbeit (Barreto da Rosa)	744
	Unterrichtung des Deutschen Bundestages (Barreto da Rosa)	768
§ 20a § 29	Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Zentralstelle für	700
8 27	Finanztransaktionsuntersuchungen (Barreto da Rosa)	770
§ 30	Analyse von Meldungen und Informationen (Barreto da Rosa)	796
§ 31	Auskunftsrecht gegenüber inländischen öffentlichen Stellen, Daten-	//0
y 51	zugriffsrecht, Verordnungsermächtigung (Barreto da Rosa)	822
§ 32	Datenübermittlungsverpflichtung an inländische öffentliche Stel-	022
y 32	len (Barreto da Rosa)	853
8 322	Datenübermittlung an Europol (Barreto da Rosa)	882
§ 33	Datenaustausch mit Mitgliedstaaten der Europäischen	002
3 33	Union (Barreto da Rosa)	888
ξ 34	Informationsersuchen im Rahmen der internationalen Zusammen-	000
3 0 1	arbeit (Barreto da Rosa)	904
ξ 35	Datenübermittlung im Rahmen der internationalen Zusammenar-	, O I
5	beit (Barreto da Rosa)	908
	()	

§ 36	Automatisierter Datenabgleich im europäischen Ver-	024
c 27	bund (Barreto da Rosa)	921
§ 37	Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten aus automatisierter Verarbeitung und bei Spei-	022
5 20	cherung in automatisierten Dateien (Barreto da Rosa)	923
§ 38	Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Vernichtung	
	personenbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet wer-	
	den noch in einer automatisierten Datei gespeichert	000
c 20	sind (Barreto da Rosa)	933
§ 38a	Protokollierung von Informationsersuchen, Statistik, Verordnungser-	027
c 20	mächtigung (Barreto da Rosa)	937
§ 39	Errichtungsanordnung (Barreto da Rosa)	940
§ 40	Sofortmaßnahmen (Barreto da Rosa)	943
§ 41	Rückmeldung an Verpflichtete und Behörden (Barreto da Rosa)	959
§ 42	Benachrichtigung von inländischen öffentlichen Stellen an die Zent-	070
	ralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Barreto da Rosa)	970
1	Abschnitt 6. Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von	l
	Sachverhalten	
§ 43	Meldepflicht von Verpflichteten, Verordnungsermächti-	
	gung (Barreto da Rosa)	981
§ 44	Meldepflicht von Aufsichtsbehörden (Barreto da Rosa)	1067
§ 45	Form der Meldung, Registrierungspflicht, Ausführung durch	
	Dritte, Verordnungsermächtigung (Barreto da Rosa)	1072
§ 46	Durchführung von Transaktionen (Barreto da Rosa)	1087
§ 47	Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächti-	
	gung (Barreto da Rosa)	
§ 48	Freistellung von der Verantwortlichkeit (Barreto da Rosa)	1127
§ 49	Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftig-	
	ten (Barreto da Rosa)	1136
	Abschnitt 7. Aufsicht, Zusammenarbeit, Bußgeldvorschriften,	
	Datenschutz	
§ 50	Zuständige Aufsichtsbehörde (Achtelik)	1148
§ 51	Aufsicht (Achtelik)	
δ 51a	Verarbeitung personenbezogener Daten durch Aufsichtsbehör-	1100
3 0 1 4	den (Achtelik)	1171
8 52	Mitwirkungspflichten (Achtelik)	
§ 52 § 53	Hinweise auf Verstöße (El-Ghazi)	1180
§ 54	Verschwiegenheitspflicht (El-Ghazi)	
§ 55	Zusammenarbeit mit anderen Behörden (Barreto da Rosa)	
8 56	Bußgeldvorschriften, Verordnungsermächtigung (Barreto da Rosa)	
§ 56 § 57	Bekanntmachung von bestandskräftigen Maßnahmen und von unan-	1200
3 31	fechtbaren Bußgeldentscheidungen (El-Ghazi)	1273
8 58	(aufgehoben) (El-Ghazi)	1280
§ 58 § 59	Übergangsregelung (El-Ghazi)	1280
Anlag		
Anlag		
	,- =	0/

	Kapitel 2	
	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz - KWG)	
§ 25g § 25h § 25i § 25i § 25j	Besondere Aufgaben (Achtelik) Automatisierter Abruf von Kontoinformationen (Achtelik) Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr (Achtelik) Interne Sicherungsmaßnahmen (Achtelik) Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld (Achtelik) Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung (Achtelik) Verstärkte Sorgfaltspflichten (Achtelik)	1304 1326 1367 1401 1409
§ 251	Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesellschaften (Achtelik) Verbotene Geschäfte (Achtelik)	1416
	Kapitel 3	
(ZAG Geldv	väscherechtliche Pflichten im Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz) (Achtelik) väscherechtliche Pflichten im Wertpapierinstitutsgesetz G) (Achtelik)	
、 1	Kapitel 4	
§ 89c § 261	Strafgesetzbuch (StGB) Terrorismusfinanzierung (El-Ghazi) Geldwäsche (El-Ghazi) Kapitel 5	1447 1472
Ve	erordnung zu den nach dem Geldwäschegesetz meldepflichtige Sachverhalten im Immobilienbereich (Geldwäschegesetzmeldepflichtverordnung-Immobilien – GwGMeldV-Immobilien)	en
	tung (Barreto da Rosa) ngsformel (Barreto da Rosa) Regelungsbereich (Barreto da Rosa) Begriffsbestimmungen (Barreto da Rosa) Meldepflichten wegen eines Bezugs zu Risikostaaten oder Sankti-	1579 1579
§ 4	onslisten (Barreto da Rosa)	
§ 5	ten (Barreto da Rosa) Meldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit Stell-	
§ 6	vertretung (Barreto da Rosa) Meldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit dem Preis oder einer Kauf- oder Zahlungsmodalität (Barreto da Rosa)	1603
§ 7 § 8	Ausnahme von der Meldepflicht (Barreto da Rosa) Inkrafttreten (Barreto da Rosa)	

Kapitel 6	ó
-----------	---

(Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmer	1
	(Versicherungsaufsichtsgesetz - VAG)	
§ 52	Verpflichtete Unternehmen (Achtelik)	1623
§ 53	Interne Sicherungsmaßnahmen (Achtelik)	1627
§ 54	Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf den Bezugsberechtig-	
	ten (Achtelik)	
§ 55	Verstärkte Sorgfaltspflichten (Achtelik)	1636
	Kapitel 7	
Ve	erordnung über die Form von und die erforderlichen Angaben	in
Mel	dungen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchun	gen
	nach § 43 Absatz 1 und § 44 des Geldwäschegesetzes	
	(GwG-Meldeverordnung – GwGMeldV)	
	emerkungen (Barreto da Rosa)	
§ 1	Anwendungsbereich (Barreto da Rosa)	
§ 2	Form elektronischer Meldungen (Barreto da Rosa)	
§ 3	Erforderliche Angaben in Meldungen (Barreto da Rosa)	1649
§ 4	Technische Verfahren zur Überprüfung von Meldun-	
	gen (Barreto da Rosa)	
§ 5	Inkrafttreten (Barreto da Rosa)	
Anlag	ge (zu § 3 Absatz 3) (Barreto da Rosa)	1662
Sach	beck-shop.de	1673
	DIE EVCHDITCHTY DITTAL	



rzungs	verzeichnis
	Einleitung
	dwäsche – Begriffe, Modelle, Erscheinungsformen und Nor-
me	
	. Verwendung des Begriffs im allgemeinen Sprachgebrauch Begriff der Geldwäsche in der Kriminologie
	. Modelle der Geldwäsche
	a) Überblick der Modelle
	b) Das herrschende Drei-Phasen-Modell
4	. Erscheinungsformen der Geldwäsche – ausgewählte Bei-
	spiele
	a) Fingierte Firmen und Geschäfte
	b) Nutzung von "gatekeeper"-Berufsgruppen/Strohper-
	sonen
	c) "Offshore"-Finanzplätze
	d) Informelle Geldtransfersysteme (Hawala uA)
	 e) Intransparente geschäftliche Organisationsformen f) Schnittmengen von Geldwäsche und Steuerkriminali-
	tät
	g) Immobilien, Kunst und Luxusgüter
	h) Versicherungspolicen und Finanzmarktprodukte
	i) Neue Zahlungsmethoden/Kryptowerte
5	. Typologien verdächtiger Transaktionen und Geschäfte
ϵ	. Konzepte der Geldwäschebekämpfung im internationalen
	Kontext
	a) Vereinte Nationen
	b) Gruppe der Sieben (G-7) bzw. der Acht (G-8)
	c) Financial Action Task Force on Money Laundering
	(FATF)d) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS)
	e) Wolfsberg Group
	f) Europarat
	g) IWF und Weltbank
	h) Europol und Interpol
	i) Europäische Union und Umsetzung im deutschen
	Recht
7	. Die strafrechtliche Dimension – der Geldwäschetatbestand
	des § 261 StGB
	ellschaftliche und ökonomische Gefahren von profitorientier-
ter	Kriminalität undschmutzigem" Geld

	Rn.
1. Erkenntnisse über die Betätigungsfelder und Strukturen pro-	
fitorientierter Kriminalität – OK	103
2. Investitionsverhalten	105
3. Volkswirtschaftliche Auswirkungen	106
4. Paradoxon: Der Boom der AML-Industrie	107
III. Geldwäsche als Kriminalität der Mächtigen; politisch exponierte	
Personen	109
1. Kleptokratien	109
2. Korruption	112
3. Politisch exponierte Personen (PEP)	118
IV. Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung	123
1. Politischer Kontext 9/11	123
2. Terrorismus – Probleme der Begriffsdefinition und Zuord-	120
nung von Phänomenen	127
3. Volumen und Erscheinungsformen der Terrorismusfinanzie-	12,
rung	130
4. "Kosten" von terroristischen Aktivitäten	134
V. Die Entwicklung der Geldwäschebekämpfung vom rule based	131
zum risk based approach	136
VI. Geldwäschebekämpfung als Teil einer expandierenden Sicherheits-	150
architektur	143
arcintextur	115
Kapitel 1	
Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftater	n
(Geldwäschegesetz – GwG)	
Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen und Verpflichtete	
§ 1 Begriffsbestimmungen	
I. Allgemeines	1
II. Geldwäsche (Abs. 1)	10
1. Entstehungsgeschichte; Verhältnis zur unionsrechtlichen	
Vorgabe; Verhältnis zu kriminologischen Geldwäschemodel-	
len	11
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	16
3. Verwendungszusammenhänge	21
4. Begriffsinhalt der Geldwäsche iSd Abs. 1	26
a) Geldwäsche im Sinne des GwG: Verwirklichung des	
objektiven Tatbestands des § 261 StGB	26
b) Geldwäsche im Sinne des GwG: Ort der Tathandlung	
irrelevant	32
c) Geldwäsche im Sinne des GwG: Auslandsvortaten,	
Erfordernis der Tatortstrafbarkeit	34
5. Die Feststellung von Geldwäsche iSd Abs. 1 durch den	
Rechtsanwender	
a) Anwendung von GwG-Normen: Maßgeblichkeit des	36
	36
Geldwäscherisikos	36 37
Geldwäscherisikos b) Feststellung eines Geldwäscherisikos durch Behörden .	37
Geldwäscherisikos	37

	Кn
d) Vortatherkunft und Geldwäscherisiko im Rahmen des	
§ 43	42
III. Terrorismusfinanzierung (Abs. 2)	44
1. Entstehungsgeschichte, Verhältnis zur unionsrechtlichen	
Vorgabe	45
2. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO	48
3. Verwendungszusammenhänge	5(
4. Begriffsinhalt der Terrorismusfinanzierung im Sinne des	
Abs. 2	52
a) Terrorismusfinanzierung im Sinne des Abs. 2 Nr. 2	
(§ 89c StGB)	52
b) Terrorismusfinanzierung im Sinne des Abs. 2 Nr. 1	60
c) Terrorismusfinanzierung im Sinne des Abs. 2 Nr. 3	7.
(Anstiftung und Beihilfe)	79
5. Die Feststellung von Terrorismusfinanzierung im Sinne des	0.0
Abs. 2 durch den Rechtsanwender	82
IV. Identifizieren (Abs. 3)	85
V. Geschäftsbeziehung (Abs. 4)	91
Gewerbliche oder berufliche Aktivitäten der Verpflichte- Ton.	92
ten	92
2. Auf eine gewisse Dauer angelegt 3. Verhältnis zu § 154 Abs. 2 AO	95
	99
VI. Transaktion (Abs. 5)	104
VII. Trust (Abs. 6)	105
2. Ausblick out FIL Coldwische VO	100
Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO Verwendungszusammenhänge AND VIII	107
Verhältnis zu ähnlichen Begriffen im Kontext fiduziarischer	107
Rechtsgestaltungen	108
a) Normativer Befund	108
b) Auslegung vor dem unionsrechtlichen Hintergrund	109
c) Begriffssystematik des GwG und Vorschlag zur Termi-	10.
nologie	112
5. Trust nach § 1 Abs. 6 S. 1: Trusts anglo-amerikanischer	112
Gründungsrechtsordnung	115
6. Trust nach § 1 Abs. 6 S. 2: Trustnachbildungen	119
7. Trustähnliche Rechtsgestaltungen (sonstige Rechtsgestaltun-	11,
gen im Sinne des § 21)	122
a) Erfassung vom Trustbegriff nach § 1 Abs. 6?	123
b) Die nicht-rechtsfähige Stiftung als idealtypische trust-	
ähnliche Rechtsgestaltung des deutschen Rechts	125
c) Weitere trustähnliche Rechtsgestaltungen	129
d) Liste der KOM nach Art. 31 Abs. 10	136
e) Einzelfälle der Trustähnlichkeit bei ausländischen	
Rechtsformen	137
VIII. Vermögensgegenstand (Abs. 7)	140
IX. Immobilien (Abs. 7a)	142
X. Glücksspiele im Internet (Abs. 8)	143

		Rn.
XI.	Güterhändler (Abs. 9)	148
	Hochwertige Güter (Abs. 10)	151
	Immobilienmakler (Abs. 11)	153
	Politisch exponierte Personen (Abs. 12)	156
XV.	Familienmitglied (Abs. 13)	158
	Bekanntermaßen nahestehende Person (Abs. 14)	160
	Mitglied der Führungsebene (Abs. 15)	161
	Gruppe (Abs. 16)	162
	Drittstaat (Abs. 17)	164
XX.	E-Geld (Abs. 18)	165
	Aufsichtsbehörde (Abs. 19)	172
	Zuverlässigkeit eines Mitarbeiters (Abs. 20)	173
XXIII.	Korrespondenzbeziehung (Abs. 21)	175
XXIV.	Bank-Mantelgesellschaft (Abs. 22)	178
XXV.	Kunstvermittler und Kunstlagerhalter (Abs. 23)	179
	Finanzunternehmen (Abs. 24)	181 188
	Mutterunternehmen (Abs. 25) Finanzinformationen (Abs. 26)	189
	Finanzanalyse (Abs. 27)	190
XXIX.	Bezeichnung von Richtlinien und Verordnung (Abs. 28)	191
XXXI	Kryptowerte (Abs. 29)	192
XXXII.	Kryptowertetransfer (Abs. 30)	193
XXXIII.	Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen (Abs. 31)	194
	Emittenten vermögenswertrefenzierter Token (Abs. 32)	195
	Selbst gehostete Adresse (Abs. 33)	196
	§ 2 Verpflichtete, Verordnungsermächtigung	
1	Allgemeines	1
	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	2d
	Kreditinstitute (Abs. 1 Nr. 1)	3
111. 1	1. Begriff der Kreditinstitute im Sinne des GwG	3
	2. Kreditinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1 KWG	10
	a) Einlagengeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 KWG)	14
	b) Pfandbriefgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 1a KWG)	15
	c) Kreditgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 KWG)	16
	d) Diskontgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 KWG)	17
	e) Finanzkommissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 4	
	KWG)	18
	f) Depotgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 KWG)	19
	g) Tätigkeit als Zentralverwahrer (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 6	
	KWG)	20
	h) Revolvinggeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 KWG)	21
	i) Garantiegeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 8 KWG)	22
	j) Scheck- und Wechseleinzugsgeschäft, Reisescheckge-	22
	schäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 9 KWG)	23
	k) Emissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 10 KWG) l) Tätigkeit als zentrale Gegenpartei im Sinne von § 1	24
	Abe 31 KWG (8.1 Abe 1.8.2 Nr. 12 KWG)	25

	Rп.
IV. Finanzdienstleistungsinstitute (Abs. 1 Nr. 2)	26
1. Begriff der Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne des	
GwG	26
2. Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1a	
KWG	28
a) Anlagevermittlung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1 KWG)	33
b) Anlageberatung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1a KWG)	34
c) Betrieb eines multilateralen Handelssystems (§ 1	
Abs. 1a S. 2 Nr. 1b KWG) und Betrieb eines organi-	
sierten Handelssystems (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1d	
KWG)	37
d) Platzierungsgeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1c KWG)	39
e) Abschlussvermittlung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 2 KWG)	40
f) Finanzportfolioverwaltung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 3	41
KWG)g) Eigenhandel (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 4 KWG)	42
h) Drittstaateneinlagenvermittlung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 5	72
KWG)	43
i) Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 6 KWG	
aF) und Kryptoverwahrgeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 6	
KWG nF)	44
j) Sortengeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 7 KWG)	49
k) Kryptowertpapierregisterführung (§ 1 Abs. 1a S. 2	
Nr. 8 KWG)	50
l) Factoring (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 9 KWG)	52
m) Finanzierungsleasing (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 10 KWG)	59
n) Anlageverwaltung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 11 KWG)	65
o) Eingeschränktes Verwahrgeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2	(0
Nr. 12 KWG)	69
gelegene Niederlassungen vergleichbarer Unternehmen mit	
Sitz im Ausland	70
V. Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute nach § 1 Abs. 3 ZAG	, 0
(Abs. 1 Nr. 3)	72
1. Institutsbegriff iSd § 1 Abs. 3 ZAG	72
2. Zahlungsinstitute iSv § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ZAG	75
a) Ein- und Auszahlungsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 1	
und 2 ZAG)	77
b) Zahlungsgeschäft ohne Kreditgewährung (§ 1 Abs. 1	
S. 2 Nr. 3 ZAG)	79
c) Zahlungsgeschäft mit Kreditgewährung (§ 1 Abs. 1	0.5
S. 2 Nr. 4 ZAG)	85
d) Akquisitionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 ZAG)	86
e) Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 ZAG) f) Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdienste (§ 1	90
Abs. 1 S. 2 Nr. 7 und 8 ZAG)	95
3. E-Geld-Institute iSv § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 iVm Abs. 2 S. 1	93
Nr 1 7AG	97

		Rn.
VI.	Agenten und E-Geld-Agenten iSd § 1 Abs. 9 und § 1 Abs. 10 ZAG (Abs. 1 Nr. 4)	99
VII	Selbstständige Gewerbetreibende (Abs. 1 Nr. 5)	106
	Finanzunternehmen (Abs. 1 Nr. 6)	114
V 111.	1. Begriff	114
	2. Geschäftsaktivitäten	115
137		
IA.	Versicherungsunternehmen (Abs. 1 Nr. 7)	123
	1. Fallgestaltungen	124
	2. Produkte	126
	3. Anwendungsbereich	130
	4. §§ 52 ff. VAG	134
	Versicherungsvermittler (Abs. 1 Nr. 8)	137
	(Kapital-)verwaltungsgesellschaften (Abs. 1 Nr. 9)	144
XII.	Rechtsanwälte, Kammerrechtsbeistände, Patentanwälte sowie	
	Notare (Abs. 1 Nr. 10)	148
XIII.	Nicht verkammerte Rechtsbeistände und registrierte Personen	
	iSv § 10 RDG (Abs. 1 Nr. 11)	161
XIV.	Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Dienstleister in Steuerangelegenheiten (Abs. 1	167
VII	Nr. 12) Dienstleister für Gesellschaften und Treuhandvermögen und Treu-	167
ΛV.		174
3/3/1	händer (Abs. 1 Nr. 13)	
	Immobilienmakler (Abs. 1 Nr. 14)	177 182
	Veranstalter und Vermittler von Glücksspiel (Abs. 1 Nr. 15)	182
	Güterhändler, Kunstvermittler und Kunstlagerhalter (Abs. 1	100
VIV	Nr. 16) Verordnungsermächtigung (Abs. 2) AND LUNG	190
		194
AA.	Versteigerungen der öffentlichen Hand (Abs. 3 und 4)	196
	§ 3 Wirtschaftlich Berechtigter	
A.	Allgemeines	1
	I. Überblick	1
	II. Ratio Legis	2
	III. Entstehungsgeschichte, Verhältnis zur unionsrechtlichen	
	Vorgabe	3
	IV. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO	5
	V. Verwendungszusammenhänge	6
	VI. Auslegungsgrundlagen	7
	1. Die Funktion von Vorderpersonkonstruktionen bei	
	Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Sanktions-	
	umgehung	8
	2. Schaffung von Steuerungsfähigkeit und/oder vermö-	
	gensmäßiger Berechtigung	18
B.	Grundtatbestand der strukturellen wirtschaftlichen Berechtigung	
	(Abs. 1 S. 1 Nr. 1)	21
	I. Normfunktion	22
	1. In der Rechtsanwendung	22

			Кn.
		2. Dogmatische Funktion: Alternativität von Kontrolle	
		oder Eigentum	24
	II.	Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen)	25
		1. Juristische Personen des Privatrechts und Personenge-	
		sellschaften	26
		2. Unterstaatliche juristische Personen des öffentlichen	
		Rechts	37
		3. Fiduziarische Rechtsgestaltungen	39
	III.	Der Einbindungstatbestand der Kontrolle (Abs. 1 S. 1 Nr. 1	
		Alt. 2)	44
		1. Begriffsinhalt	44
		2. Verhältnis zum konzernrechtlichen Begriff des beherr-	
		schenden Einflusses	45
		3. Rechtliche und faktische Fundierung von Kontrolle	48
		4. Einzelfälle	51
	IV.	Der Einbindungstatbestand des Eigentums (Abs. 1 S. 1	
		Nr. 1 Alt. 1)	54
		1. Begriffsinhalt	54
		2. Rechtliche Fundierung zwingend	59
		3. Erfordernis einer Signifikanzschwelle (25 %)	60
		4. Einzelfälle	61
	V.	Wirtschaftlich Berechtigter: Natürliche Person, Letztberech-	
		tigung	63
		1. Natürliche Person	63
		2. Letztberechtigung	64
C.	Vern	2. Letztberechtigungnutung der strukturellen wirtschaftlichen Berechtigung an	
	mite	liedschaftlichen/nicht-natürlichen Personen (Abs. 2)	65
		Normstruktur	67
		Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen)	72
		1. Mitgliedschaftlich organisierte nicht-natürliche Per-	
		son	73
		2. Ausnahme für börsennotierte Gesellschaften	75
	Ш	Strukturelle wirtschaftliche Berechtigung kraft Stimmrechts-	, 0
	111.	kontrolle > 25 % (Abs. 2 S. 1 Nr. 2, S. 2–4)	80
		1. Personeller Anwendungsbereich: Mehrheitsprinzip im	00
		relevanten Gremium der Vorderperson	81
		2. Ratio der Anknüpfung an den Schwellenwert von	01
		25 %	84
		3. Begriff der Stimmrechtskontrolle und Verwirklichungs-	01
		formen der Nr. 2	85
		4. Bestimmung der Stimmrechtsanteile auf erster Beteili-	05
		gungsebene und weitere Prüfung	87
		5. Kontrollvermittlung aufgrund Vertrags oder Gesetzes .	97
		6. Kontrollvermittlung auf organisationsrechtlicher Basis	123
	IV	Strukturelle wirtschaftliche Berechtigung kraft vergleichba-	123
	1 V.	rer Kontrolle (Abs. 2 S. 1 Nr. 3, S. 2–4)	149
		1. Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen)	150
		Begriff der vergleichbaren Kontrolle und Verwirkli-	150
		chungsformen der Nr. 3	151
		CHAILSTOILIE ACT IN J	101

		Rn.
	3. Unmittelbare Kontrolle auf vergleichbare Weise	154
	4. Kontrollvermittlung	171
	5. Konkurrenzverhältnis der Kontrolle iSd Nr. 3 zur	
	Stimmrechtskontrolle iSd Nr. 2	175
	V. Strukturelle wirtschaftliche Berechtigung kraft Kapitalan-	
	teilseigentums (Abs. 2 S. 1 Nr. 1)	178
	1. Personeller Anwendungsbereich	179
	2. Begriff des Kapitalanteils und Verwirklichungsalternati-	
	ven	180
	3. Unmittelbares Halten von Kapitalanteilen, Berechnung	100
	des Anteils	185
	4. Mittelbares Halten von Kapitalanteilen, Eigentumsver-	105
	mittlung, Berechnung des Anteils	187
	VI. Hilfsweise: Geschäftsführungsorganpersonen als fiktive wirt-	107
	schaftlich Berechtigte (Abs. 2 S. 5)	196
	1. Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen)	197
	Anwendungszusammenhänge	199
	3. Anwendungsvoraussetzung: Abschluss risikoadäquater	199
	Prüfungen ohne Feststellung eines tatsächlichen struk-	
	turellen wirtschaftlich Berechtigten	200
		200 205
	4. Abwesenheit von Tatsachen nach § 43	203
		207
Б	tive wirtschaftliche Berechtigte	206
D.	Vermutung der strukturellen wirtschaftlichen Berechtigung an	
	fiduziarischen Rechtsgestaltungen und rechtsfähigen Stiftungen	200
	(Abs. 3) DIETEACHBUICHHANDUING	208
	I. Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen)	209
	1. Rechtsfähige Stiftungen	209
	2. Fiduziarische Rechtsgestaltungen	210
	II. Ratio der Anknüpfung der Vermutungsregelung an die	011
	Beteiligtenrollen, Normstruktur	211
	III. Rollenbasierte Vermutungstatbestände	215
	1. Trustee, Settlor, Protector (Abs. 3 Nr. 1)	216
	2. Vorstand der Stiftung (Abs. 3 Nr. 2)	219
	3. Begünstigter (Abs. 3 Nr. 3)	220
	4. Gruppe der künftigen Begünstigten (Abs. 3 Nr. 4)	223
	IV. Mittelbare Verwirklichung der rollenbasierten Vermutungs-	221
	regelungen (§ 3 Abs. 3 Nr. 6)	226
	1. Mittelbare Verwirklichung bei Nr. 1, Nr. 2 (typisierte	
	Kontrolle)	227
	2. Mittelbare Verwirklichung bei Nr. 3 (typisiertes Eigen-	
	tum)	232
	V. Auffangtatbestand: Unmittelbarer und mittelbarer sonstiger	
	"beherrschender Einfluss" auf Verwaltung und Ertragsvertei-	
	lung (Nr. 5)	234
	1. Sonstiger beherrschender Einfluss auf Verwaltung und	
	Ertragsverteilung: Erfordernis erweiternder Auslegung	
	iSv Kontrolle	235

		Rn.
	2. Unmittelbare sonstige Kontrolle	236
	3. Mittelbare sonstige Kontrolle	239
E	Grundtatbestand und Konkretisierung der transaktionsbezogenen	25)
ъ.	wirtschaftlichen Berechtigung (Abs. 1 Nr. 2, Abs. 4)	245
	I. Verwendungszusammenhänge	246
	II. Verhältnis der transaktionsbezogenen zur strukturellen wirt-	210
	schaftlichen Berechtigung nach Abs. 1 S. 1 Nr. 1	247
	III. Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen)	250
	IV. Wirtschaftlich Berechtigter: Natürliche Person, Letztveran-	230
	lasser	251
	V. Gegenstand der Veranlassung: Geschäftsbeziehung, Transak-	201
	tion	253
	VI. Veranlassung	256
	1. Begriff der Veranlassung iSd Abs. 1 S. 1 Nr. 2	256
	2. Insbesondere: Veranlassung durch Treuhandverhältnis	
	(Abs. 4 S. 2)	259
	VII. Mittelbare Veranlassung	263
	ζ	
	§ 3a Risikobasierter Ansatz, nationale Risikoanalyse	
I.	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	2
III.	Risikobasierter Ansatz (Abs. 1)	3
	Risikoanalysen (Abs. 2)	7
	hock-chon do	
	Abschnitt 2. Risikomanagement	
	§ 4 Risikomanagement	
I	Allgemeines/Novellierung von Abs. 4 und 5	1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	2
	Risikomanagement (§ 4 Abs. 1, § 4 Abs. 2)	3
	1. Wirksamkeit des Risikomanagements	4
	2. Angemessenheit des Risikomanagements	8
IV.	Verantwortlichkeit der Leitungsebene, Abs. 3	9
	θ	
	§ 5 Risikoanalyse	
	Allgemeines	1
	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	6
III.	Ermittlung und Bewertung von Risiken (§ 5 Abs. 1)	7
	1. Risikofaktoren (§ 5 Abs. 1 S. 2)	9
	2. Berücksichtigung der Informationen aus der nationalen	
	Risikoanalyse und aus vergleichbaren Quellen (§ 5 Abs. 1	
	S. 2)	14
	3. Aufbau und Umfang der Risikoanalyse (§ 5 Abs. 1 S. 3)	15
IV.	Pflichten in Bezug auf die Risikoanalyse	16
	1. Dokumentationspflicht (§ 5 Abs. 2 Nr. 1)	17
	a) Anwendungsbereich	18
	b) Umfang der Dokumentationspflicht	19
	2. Überprüfung und Aktualisierung (§ 5 Abs. 2 Nr. 2)	20
V.	Befreiung von der Dokumentationspflicht (§ 5 Abs. 4)	21

		Rn.
	§ 6 Interne Sicherungsmaßnahmen	
I.	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	3
	Interne Sicherungsmaßnahmen (Abs. 2)	4
	1. Ausarbeitung interner Grundsätze, Verfahren und Kontrol-	
	len (Abs. 2 Nr. 1)	5
	2. Geldwäschebeauftragter nach § 7 (Abs. 2 Nr. 2)	7
	3. Gruppenweite Verfahren nach § 9 (Abs. 2 Nr. 3)	9
	4. Verhinderung des Missbrauchs neuer Technologien (Abs. 2	
	Nr. 4)	10
	5. Zuverlässigkeitsprüfung (Abs. 2 Nr. 5)	12
	6. Unterrichtungspflicht (Abs. 2 Nr. 6)	14
	7. Unabhängige Prüfung (Abs. 2 Nr. 7)	19
IV.	Besondere Anforderungen an Glücksspielbetriebe und -Vermitt-	
	ler (Abs. 4)	20
V.	Besondere Anforderungen an Kryptowerte-Dienstleister	
	(Abs. 4a)	22
VI.	Vertraulichkeit der Identität bei Meldung von Verdachtsfällen	
	(Abs. 5)	23
	Vorkehrungen zur Auskunftserteilung (Abs. 6)	24
	Durchführung durch einen Dritten (Abs. 7)	26
IX.	Ermächtigung der Aufsichtsbehörde im Einzelfall (Abs. 8 und 9)	30
	67 0:11 3 1010 60 40	
	§ 7 Geldwäschebeauftragter	
I.	Allgemeines	1
II.	Ausblick-auf die EU-Geldwäsche-VO Befreiung von der Pflicht zur Bestellung eines Geldwäschebeauf-	6a
III.	Befreiung von der Pflicht zur Bestellung eines Geldwäschebeauf-	_
17.7	tragten (Abs. 2)	7
	Ermächtigung der Aufsichtsbehörden (Abs. 3)	9
V.	Bestellung und Entpflichtung (Abs. 4)	10
٧1.		12
7711	tragten (Abs. 5)	13
	Umgang mit Daten und Informationen (Abs. 6)	20 21
V 111.	Del Geldwaschebeadittagte als Miberthelliner (108.7)	21
	§ 8 Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht	
T	Allgemeines	1
1.	1. Überblick	1
	2. Ratio der Aufbewahrungspflicht	2
	3. Anwendungsbereich	3
	4. Umfang der Aufzeichnungspflicht	4
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	9
	Art der Aufzeichnung von Identitätsnachweisen des Vertragspart-	
	ners, für diesen auftretender Personen oder wirtschaftlich Berech-	
	tigter (Abs. 2)	10
IV.	Digitale Speicherung (Abs. 3)	13
V.	Aufbewahrungsfrist und Vernichtung (Abs. 4)	18
VI.	Vorlage bei einer öffentlichen Stelle (Abs. 5)	20

		Rn.
	§ 9 Gruppenweite Pflichten	
I	Allgemeines	1
	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	3a
III.	Verpflichtete	4
IV.	Gruppenweite Pflichten (Abs. 1)	5
V.	Gruppenweite Pflichten bei Unternehmen in anderen EU-Staa-	
	ten (Abs. 2)	11
VI.	Gruppenweite Pflichten bei Unternehmen in Drittstaaten	40
711	(Abs. 3)	12
/ 11.	Umsetzung gruppenweiter Pflichten durch gruppenangehörige	15
ш	Verpflichtete (Abs. 4, 5) Bußgeldvorschriften	16
111.	Bubgetavorsentriten	10
	Abschnitt 3. Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden	
	§ 10 Allgemeine Sorgfaltspflichten	
I.	Allgemeines	1
	1. Normgeschichte und ratio legis	1
	2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	5
II.	Allgemeine Sorgfaltspflichten (Abs. 1)	10
	1. Identifizierung des Vertragspartners (Abs. 1 Nr. 1)	12
	2. Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 1	4-
	Nr. 2)	17
	a) Allgemeinesb) Abklärung bei natürlichen Personen	17 22
	c) Abklärung bei juristischen Personen und Personenge-	22
	sellschaften	24
	3. Ermittlung des Geschäftszweckes (Abs. 1 Nr. 3)	26
	4. Feststellung der politisch exponierten Person (Abs. 1	
	Nr. 4)	31
	5. Überwachung der Geschäftsbeziehung (Abs. 1 Nr. 5)	34
III.	Risikoorientierte Bestimmung des Maßnahmenumfangs (Abs. 2)	43
	1. Risikofaktoren nach Anlage 1 und 2 des Geldwäschegeset-	
	zes	47
	2. Risikoeinstufung und Kernsorgfaltspflichten	57 59
	3. Errichtung interner Kontrollen 4. Darlegungspflicht (§ 10 Abs. 2 S. 4)	62
IV	Pflichtauslösende Ereignisse (Abs. 3)	63
1 V.	1. Begründung einer Geschäftsbeziehung (Abs. 3 Nr. 1)	64
	2. Transaktionen außerhalb einer dauerhaften Geschäftsbezie-	0.
	hung (Abs. 3 Nr. 2)	68
	a) Geldtransfer gemäß § 10 Abs. 3 Nr. 2 lit. a	69
	b) Durchführung einer sonstigen Transaktion gemäß § 10	
	Abs. 3 Nr. 2 lit. b	74
	c) Übertragung von Kryptowerten gemäß § 10 Abs. 3	
	Nr. 2 lit. c	76
	d) Sorgfaltspflichten auslösende Geschäftsvorfälle	78
	e) Verdacht auf Smurfing	97

		Rn.
	3. Verdacht der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung	
	(Abs. 3 Nr. 3)	101
	4. Zweifel über Identitätsangaben (Abs. 3 Nr. 4)	110
V.	Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten (Abs. 3a)	113
	Erbringung von Zahlungsdiensten (Abs. 4)	116
VII.	Identifizierungspflicht der Veranstalter und Vermittler von Glücks-	
	spielen (Abs. 5)	119
VIII.	Von Immobilienmaklern zu erfüllende Sorgfaltspflichten	
	(Abs. 6)	123
IX.	Von Güterhändlern, Kunstvermittlern und Kunstlagerhaltern zu	
	erfüllende Sorgfaltspflichten (Abs. 6a)	126
Χ.	Ausgabe von E-Geld (Abs. 7)	132
XI.	Mitteilungspflicht der Versicherungsvermittler (Abs. 8)	134
	Pflichten eines Unternehmens (Abs. 8a)	139
XIII.	Beendigungsverpflichtung (Abs. 9)	140
8	11 Identifizierung; Erhebung von Angaben zum Zweck der	
	Identifizierung	
I.	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	5
III.	Zeitpunkt der Identifizierung (§ 11 Abs. 1 GwG iVm § 25j	
	KWG, § 34 WplG und § 54 VAG)	8
	Maklervertrag (Abs. 2)	13
	Absehen von Identifizierung (Abs. 3)	15
	Erhebung von Angaben zum Zwecke der Identifizierung	
* ***	(Abs. 4) Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 5)	22
		23
	Mitwirkungspflicht des Vertragspartners (Abs. 6)	33
IA.	Mitwirkungspflicht von Verwalter von Trusts und anderen	39
	Rechtsgestaltungen nach § 21 (Abs. 7)	39
\$ 11	a Verarbeitung personenbezogener Daten durch Verpflichtet	_
1.	Allgemeines	1
	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	2
	Verarbeitung personenbezogener Daten (Abs. 1)	3
IV.	Übermittlung von Daten (Abs. 2 und 3)	5
\$ 12	2 Überprüfung von Angaben zum Zweck der Identifizierung	
9 12	Verordnungsermächtigung	,
	0 0	
1.	Allgemeines	1
	1. Einleitung	1
11	2. Aussicht auf die EU-Geldwäsche-VO	2
	Identitätsüberprüfung bei natürlichen Personen (Abs. 1)	10
	Identitätsüberprüfung bei juristischen Personen (Abs. 2)	19
ıv.	Überprüfung von Angaben (Abs. 3)	23
	1. Allgemeines	23 28
	Sonderfälle a) Vorbemerkungen	28 28
	a) VOIDCHICIKUHECH	- 40

		Rn.
	b) GbR	29
	c) Anderkonten/Sammelanderkonten	32
	d) Treuhandkonten	33
	e) Konten für Erbengemeinschaften u.a	34
	f) Konten zugunsten Dritter	35
	g) Unterkonten, weitere Stammkonten	35a
	h) Mietkautionskonten	36
	i) Insolvenzverwalterkonten, Zwangsverwalterkonten	37
	j) Publikumsfonds	38
	k) Stiftungen und Trusts	39
V.	Erwerbsvorgang nach § 1 des Grunderwerbsteuergesetzes	-
	(Abs. 4)	42
VI.	Verordnungsermächtigung (Abs. 5)	43
•	vererunangsermaentagung (riest e)	10
8 1	3 Verfahren zur Überprüfung von Angaben zum Zweck der	
3 -	Identifizierung, Verordnungsermächtigung	
T	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	2
11. III	Verfahren (Abs. 1)	3
	Verordnungsermächtigung (Abs. 2)	5
IV.	verordiningsermachtigung (Abs. 2)	3
S 1	4 Vereinfachte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung	
1.	Allgemeines	1
	1. Normgeschichte und ratio legis	1
**	2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	4
II.	Vereinfachte Sorgfaltspflichten (Abs. 1) Reduzierung von Sorgfaltspflichten (Abs. 2)	8
III.	Reduzierung von Sorgfaltspflichten (Abs. 2)	11
	Erfüllbarkeit vereinfachter Sorgfaltspflichten (Abs. 3)	13
	Verordnungsermächtigung (Abs. 4)	14
VI.	Verknüpfung zur Geldtransferverordnung (Abs. 5)	15
c	45 X7 1. O. C.1. (1. 1. X7 1 1	
	15 Verstärkte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung	
I.	Allgemeines	1
	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	2a
III.	Übergreifende Regelungen zu verstärkten Sorgfaltspflichten	
	(Abs. 1, 2, 9 und 10)	3
IV.	Politisch exponierte Personen	7
	1. Hintergründe der Regelung	8
	2. Erfasster Personenkreis	9
	3. Die verstärkten Sorgfaltspflichten	17
	a) Zustimmung zur Begründung der Geschäftsbezie-	
	hung	18
	b) Bestimmung der Herkunft von Vermögenswerten	21
	c) Verstärkte kontinuierliche Überwachung der Geschäfts-	
	beziehung	24
	4. Bewertung der Regelungen zu politisch exponierten Perso-	
	nen	27
V.	Hochrisiko-Drittstaaten	31

		Rn.
VI.	Hochrisiko-Transaktionen	33
	Korrespondenzbeziehungen	35
	Sonstige Fälle höheren Risikos (Abs. 8)	45
	Bußgeldvorschriften	47
121.	Bubgeidvorseininen	17
s	15a Verstärkte Sorgfaltspflichten bei der Übertragung von	
	owerten von einer selbst gehosteten oder an eine selbst gehos	stata
ктури	Adresse	stete
_		
1.	Allgemeines	1
	1. Normgeschichte und ratio legis	1
	2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	4
	3. Begriffsbestimmung	6
II.	Verstärkte Sorgfaltspflichten	7
	1. Definitionen	7
	2. Risikoermittlung und -bewertung	10
III.	Risikomindernde Maßnahmen (Abs. 2)	12
	1. Allgemeines	12
	2. Erhebung, Überprüfung und Speicherung der Identität	
	(Nr. 1)	13
	3. Ermittlung der Herkunft und des Ziels (Nr. 2)	14
	4. Überwachung (Nr. 3)	15
	5. Andere Maßnahmen (Nr. 4)	16
	or randere transmitten (1.12.)	
8	16 Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet	
8	to besondere vorschriften für das Glücksspiel im internet	
Ι.	Allgemeines	_1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO VIII Von Verpflichtete der Norm; Sorgfaltspflichten	5a
III.	Verpflichtete der Norm; Sorgfaltspflichten	6
	Spielerkonto, Zahlungsströme, Identifizierung	7
V.	Bußgeldvorschriften	13
§	16a Verbot der Barzahlung beim Erwerb von Immobilien	
I	Allgemeines	1
1.	1. Normgeschichte und ratio legis	1
	2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	3
11	Verbotsumfang (Abs. 1)	4
111.	Naghyvaign flighton gogonijhar Nataran (Abs. 2)	8
111.	Nachweispflichten gegenüber Notaren (Abs. 2)	
	Prüfpflichten des Notars (Abs. 3, 4)	10
V.	Ausnahmen (Abs. 5)	13
§ 17	'Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte, vertraglich	e
	Auslagerung	
I.	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	5
	Kreis der kraft Gesetzes zuverlässigen Dritten (Abs. 1)	7
	Drittstaaten mit hohem Risiko (Abs. 2)	11
	Voraussetzung des Rückgriffs auf Dritte (Abs. 3, 3a)	12
	Erfüllungsfiktion (Abs. 4)	18
V 1.	Lituliungstikuoti (1105. 7)	10

		Rn.
VII.	Übertragung (Auslagerung) auf andere geeignete Personen und	
	Unternehmen (Abs. 5)	20
VIII.	Beeinträchtigungen (Abs. 6)	25
	Zuverlässigkeit der Personen oder der Unternehmen (Abs. 7)	26
X.	Vereinbarung nach Absatz 5 mit deutschen Botschaften, Auslands-	
	handelskammern oder Konsulaten (Abs. 8)	28
XI.	Auslagerungsanforderungen (Abs. 9)	30
	Abschnitt 4. Transparenzregister	
	Vorbemerkung vor §§ 18-26a - Transparenzregister	
I.	Überblick	1
II.	Regelungsziele des Abschnitts 4	4
	Regelungshistorie	7
	1. FATF	7
	2. EU und Deutschland	12
IV.	Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL	17
V.	Die wB-Transparenz im Regelungssystem des GwG	21
	1. Wirkungsmechanismen der wB-Transparenz	21
	2. Insbesondere: Der Zusammenhang von wB-Transparenz	
	und Erfüllung der Kundensorgfaltspflichten in Bezug auf	
	den wirtschaftlich Berechtigten	27
VI.	WB-Transparenzpflicht und Datenschutzgrundrecht	30
	1. Prüfungsmaßstab Art. 7, 8 GRCh	31
	2. Gesetzesvorbehalt Art. 52 GR Ch, Europarechtliche Schran-	32
	ken-Schranken DS-GVO und RL (EU) 2016/680	32
	Verhältnismäßigkeitsabwägung: Eignung und Erforderlich- keit	35
	4. Angemessenheit im engeren Sinn: Rang der Rechtsgüter,	33
	Eingriffstiefe bzw. Gefährdungslage	36
	a) Datenschutzgrundrecht, Rang und Eingriffstiefe	37
	b) Schutzgüter, Rang und Gefährdungslage	41
	c) Abwägungsergebnis	45
	5. Das Urteil EuGH 22.11.2022 – C-37/20 u. C-601/20	46
VII.	Transparenzpflichten im Urteil des FATF MER 2022	49
	linrichtung des Transparenzregisters und registerführende Ste	elle
I.	Allgemeines	1
	Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	3
III.	Transparenzregister als öffentliches Register in Bundeszuständig-	
	keit (Abs. 1, Abs. 2)	4
	1. Registerführung als Staatsaufgabe des Bundes; registerfüh-	
	rende Stelle	4
	2. Begrenzte Öffentlichkeit des Transparenzregisters	8
	3. Die Frage des öffentlichen Glaubens	11
	4. Elektronische Registerführung, chronologische Sammlung	14
117	5. Aufbewahrungsdauer	16
	ren (Abs 3)	19
	IVII V NUS	

§

		Rn.
V.	Datenübermittlungsbefugnis an das BVA für Zwecke des Buß-	
	geldverfahrens (Abs. 3a)	26
VI.	Erstellung von Registerauszügen (Abs. 4 S. 1–3)	34
VII.	Antragsweiterleitung an Subjektregister und Unternehmensregis-	
	ter (Abs. 4 S. 4 und 5)	39
VIII.	Informationssicherheitskonzept (Abs. 5)	40
IX.	Verordnungsermächtigung (Åbs. 6)	41
	§ 19 Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten	
ī	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	3
	Struktur und Inhalt des Transparenzregisters (Abs. 1)	4
1111	Grundentscheidung für Rechtsträgerregister	4
	Fiduziarische Rechtsgestaltung als "Rechtsträger"	7
	3. Inhalt des Transparenzregisters, eintragungsfähige Angaben	11
	4. Antragsgrundsatz und zunehmende Zahl von Amts wegen	
	einzutragender Angaben	15
	5. Weitere Eintragungsvoraussetzungen	18
IV.	Begriff des wirtschaftlich Berechtigten im Rahmen des	
	Abschnitts 4 (Abs. 2)	19
V.	Die Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten im Einzelnen	
	(Abs. 1, Abs. 3)	24
	1. Klassische Identitätsangaben (Abs. 1 Nr. 1–3, Nr. 5)	24
	2. Angaben zu Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses	
	(Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3)	25
	a) Angaben zu Art und Umfang nach Abs. 3 S. 1	26
	b) Begründung für Rückgriff auf Fiktion, Abs. 3 S. 2	40
	§ 19a Angaben zu Immobilien	
I.	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf 6. EU-Geldwäsche-RL	6
	Beschränkung der Immobilientransparenz auf Vereinigungen iSd	
	§ 20	7
IV.	Eintragungsfähige Tatsachen	8
V.	Eintragung von Amts wegen	9
VI.	Grundsätzlich beschränkte Einsichtnahme	10
	§ 19b Erfassung und Zuordnung von Immobilien	
§ 20 T	Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigung	en
	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL	3
	Transparenzpflichtige Rechtsformen (Abs. 1 S. 1–3)	4
	1. Juristische Personen des Privatrechts	5
	2. Eingetragene Personengesellschaften	7
	a) Ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal: Außengesell-	
	schaft	7
	b) Registergängige Gesellschaftsform	10

		Rn.
	c) Tatsächliche Eintragung	11
	d) Zusammenfassung: transparenzpflichtige Personenge-	
	sellschaftsformen	17
	3. Beginn und Ende der Transparenzpflicht	18
	4. Unerheblichkeit von Börsennotierung, Gemeinnützigkeit	
	und öffentlichem Anteilseigentum	19
IV.	Internationaler Anwendungsbereich	21
	1. Der Sitz der Vereinigung im Sinne des Abs. 1	22
	a) Der Sitz iSd Abs. 1 im Falle der Identität von Sat-	
	zungs- und Verwaltungssitz	23
	b) Der Sitz iSd Abs. 1 im Fall der Divergenz von Sat-	
	zungs- und Verwaltungssitz	24
	2. Vereinigung mit Inlandssitz (S. 1)	40
	3. Vereinigungen mit Auslandssitz bei inländischem Immobili-	
	eneigentum (S. 2 und 3)	42
	a) Entstehungsgeschichte	43
	b) Ratio	44
	c) Vereinigung mit Auslandssitz	45
	d) Immobilie im Inland	47
	e) Immobilieneigentum: Unmittelbares und mittelbares	40
	Eigentum	48
	f) Erwerb oder Halten unmittelbaren Immobilieneigentums (Abs. 1 S. 2 Alt. 1 und Alt. 2)	52
	g) Erwerb oder Halten mittelbares Immobilieneigentum	32
	(Abs. 1 S. 2 Alt. 3 und Alt. 4)	54
	h) Ausnahme bei präexistenter Transparenzregistereintra-	Эт
	gung im EU-Ausland (Abs. 1 S. 3)	56
V	Die Transparenzpflicht (Abs. 1 iVm Abs. 3a)	60
••	Risikoadäquate Ermittlungspflicht (Abs. 1 S. 1 iVm	00
	Abs. 3a)	61
	a) "Einholung" – von der passiven Entgegennahme zur	
	aktiven Ermittlung	61
	b) Risikoadäquanz	64
	c) Inhalt: Auskunftsverlangen; vorgelagerte Analyse; Plau-	
	sibilisierung eingehender Auskünfte und Mitteilun-	
	gen	66
	2. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht (Abs. 1 S. 1,	
	Abs. 3a S. 4)	78
	3. Aktualisierungspflicht (Abs. 1 S. 1)	80
	4. Mitteilungspflicht (Abs. 1 S. 1, S. 4 und 5)	82
	Basisdatenmitteilung (Abs. 2)	84
∕II.	Mitteilungspflicht der wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 3 S. 1,	
	S. 2 Alt. 1, S. 3 und 4 und Abs. 4)	85
III.	Mitteilungspflicht der Anteilseigner (Abs. 3 S. 2 Alt. 2 und	
	Abs. 4, Abs. 3b)	86
	Einsichtnahmebefugnis der FIU und Aufsichtsbehörden (Abs. 5)	89
Χ.	Effektivierungsmechanismen: Bußgeldbewehrung, Beurkun-	00
	dungsverbot. Immobilientransparenz	90

III. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL 4 III. Automatische Eintragung für eingetragene Vereine (Abs. 1) 5 1. Personeller Anwendungsbereich 5 2. Erstellung der Eintragung 6 IV. Modifizierte Mitteilungspflicht eingetragener Vereine (Abs. 2) 8 V. Zeitlicher Anwendungsbereich (Abs. 3) 14 § 21 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Rechtsgestaltungen I. Allgemeines 1 III. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL 111. Transparenzpflichtige Formen von fiduziarischen Rechtsgestaltungen (Abs. 1 S. 1, Abs. 2) 6 IV. Internationaler Anwendungsbereich (Abs. 1 S. 1 und S. 2, Abs. 2) 10 1. Gleichlauf der Bestimmung des internationalen Anwendungsbereichs bei Trusts und trustähnlichen Rechtsgestaltungen 12 3. Fiduziarische Rechtsgestaltung mit inlandsansässigem Fiduziarverwalter 12 3. Fiduziarische Rechtsgestaltung mit nicht-EU-ansässigem Fiduziarverwalter bei Immobilienerwerb oder Geschäftsbeziehungen im Inland 17 a) Fiduziarverwalter mit Sitz im Nicht-EU-Ausland 18 b) Erwerb inländischen Immobilieneigentums (Abs. 1 S. 2 Alt. 2, Abs. 2) 22 d) Ausnahme bei präexistenter Transparenzregistereintragung im EU-Ausland (Abs. 1 S. 3) 23 V. Die Transparenzpflicht (Abs. 1) 24 1. Risikoadäquate Ermittlungspflicht – keine unterstützenden Mitteilungs- und Auskunftspflichten 25 2. Aufzeichnungs-, Aufbewahrungs- und Aktualisierungspflicht 30 3. Mitteilungspflicht einschließlich unterscheidungskräftiger Bezeichnung (Abs. 1, Abs. 1a) 32 4. Pflicht zur Leermeldung? 33		 Bußgeldbewehrung (§ 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 55–59 und 63) Beurkundungsverbot (§ 10 Abs. 9 S. 4 Alt. 2) Immobilientransparenz (§§ 19a, 19b) 	Rn. 90 94 96
III. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL		§ 20a Automatische Eintragung für Vereine	
I. Allgemeines	II. III. IV.	Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL Automatische Eintragung für eingetragene Vereine (Abs. 1) 1. Personeller Anwendungsbereich	1 4 5 5 6 8 14
III. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL			
III. Transparenzpflichtige Formen von fiduziarischen Rechtsgestaltungen (Abs. 1 S. 1, Abs. 2) 6 IV. Internationaler Anwendungsbereich (Abs. 1 S. 1 und S. 2, Abs. 2) 10 1. Gleichlauf der Bestimmung des internationalen Anwendungsbereichs bei Trusts und trustähnlichen Rechtsgestaltungen 10 2. Der Sitz des Fiduziarverwalters 10 3. Fiduziarische Rechtsgestaltung mit inlandsansässigem Fiduziarverwalter 16 4. Fiduziarische Rechtsgestaltung mit nicht-EU-ansässigem Fiduziarverwalter bei Immobilienerwerb oder Geschäftsbeziehungen im Inland 17 a) Fiduziarverwalter mit Sitz im Nicht-EU-Ausland 18 b) Erwerb inländischen Immobilieneigentums (Abs. 1 S. 2 Alt. 2, Abs. 2) 19 c) Eingehung einer Geschäftsbeziehung (Abs. 1 S. 2 Alt. 1, Abs. 2) 22 d) Ausnahme bei präexistenter Transparenzregistereintragung im EU-Ausland (Abs. 1 S. 3) 23 V. Die Transparenzpflicht (Abs. 1) 24 1. Risikoadäquate Ermittlungspflicht – keine unterstützenden Mitteilungs- und Auskunftspflichten 25 2. Aufzeichnungs-, Aufbewahrungs- und Aktualisierungspflicht — Bezeichnung (Abs. 1, Abs. 1a) 32 4. Pflicht zur Leermeldung? 33 VI. Basisdatenmitteilung (Abs. 1b) 34		Allgemeines	1
IV. Internationaler Anwendungsbereich (Abs. 1 S. 1 und S. 2, Abs. 2)		Transparenzpflichtige Formen von fiduziarischen Rechtsgestaltun-	
1. Gleichlauf der Bestimmung des internationalen Anwendungsbereichs bei Trusts und trustähnlichen Rechtsgestaltungen 10 2. Der Sitz des Fiduziarverwalters 1	IV.	Internationaler Anwendungsbereich (Abs. 1 S. 1 und S. 2,	
3. Fiduziarische Rechtsgestaltung mit inlandsansässigem Fiduziarverwalter		 Gleichlauf der Bestimmung des internationalen Anwen- dungsbereichs bei Trusts und trustähnlichen Rechtsgestal- 	10
4. Fiduziarische Rechtsgestaltung mit nicht-EU-ansässigem Fiduziarverwalter bei Immobilienerwerb oder Geschäftsbeziehungen im Inland		3. Fiduziarische Rechtsgestaltung mit inlandsansässigem Fidu-	12
a) Fiduziarverwalter mit Sitz im Nicht-EU-Ausland b) Erwerb inländischen Immobilieneigentums (Abs. 1 S. 2 Alt. 2, Abs. 2) c) Eingehung einer Geschäftsbeziehung (Abs. 1 S. 2 Alt. 1, Abs. 2) d) Ausnahme bei präexistenter Transparenzregistereintragung im EU-Ausland (Abs. 1 S. 3) 23 V. Die Transparenzpflicht (Abs. 1) 1. Risikoadäquate Ermittlungspflicht – keine unterstützenden Mitteilungs- und Auskunftspflichten 2. Aufzeichnungs-, Aufbewahrungs- und Aktualisierungspflicht 3. Mitteilungspflicht einschließlich unterscheidungskräftiger Bezeichnung (Abs. 1, Abs. 1a) 4. Pflicht zur Leermeldung? 33 VI. Basisdatenmitteilung (Abs. 1b) 34		4. Fiduziarische Rechtsgestaltung mit nicht-EU-ansässigem	16
c) Eingehung einer Geschäftsbeziehung (Abs. 1 S. 2 Alt. 1, Abs. 2)		a) Fiduziarverwalter mit Sitz im Nicht-EU-Ausland	17 18
d) Ausnahme bei präexistenter Transparenzregistereintragung im EU-Ausland (Abs. 1 S. 3)		c) Eingehung einer Geschäftsbeziehung (Abs. 1 S. 2	19
V. Die Transparenzpflicht (Abs. 1) 24 1. Risikoadäquate Ermittlungspflicht – keine unterstützenden Mitteilungs- und Auskunftspflichten 25 2. Aufzeichnungs-, Aufbewahrungs- und Aktualisierungspflicht 3. Mitteilungspflicht einschließlich unterscheidungskräftiger Bezeichnung (Abs. 1, Abs. 1a) 32 4. Pflicht zur Leermeldung? 33 VI. Basisdatenmitteilung (Abs. 1b) 34		d) Ausnahme bei präexistenter Transparenzregistereintra-	22
Mitteilungs- und Auskunftspflichten	V.	Die Transparenzpflicht (Abs. 1)	23 24
3. Mitteilungspflicht einschließlich unterscheidungskräftiger Bezeichnung (Abs. 1, Abs. 1a)		Mitteilungs- und Auskunftspflichten	25
4. Pflicht zur Leermeldung? 33 VI. Basisdatenmitteilung (Abs. 1b) 34		3. Mitteilungspflicht einschließlich unterscheidungskräftiger	30
VI. Basisdatenmitteilung (Abs. 1b)			32 33
		Basisdatenmitteilung (Abs. 1b)	34 35

		Rn.
F	Verordnungsermächtigung: Benennung von Trustäquivalenten, estlegung der Kriterien der Trustäquivalenz (Abs. 4)	36
	ffektivierungsmechanismen: Bußgeldbewehrung, Beurkun-	27
d	ungsverbot	37
	1. Bußgeldbewehrung (§ 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 61–63)	37
	2. Beurkundungsverbot (§ 10 Abs. 9 S. 4 Alt. 3)	38
	3. Immobilientransparenz, §§ 19a, 19b?	40
§ 22	Zugängliche Dokumente und Datenübermittlung an das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung	
τ Δ	Illgemeines	1
	Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL	4
		+
111. Z	Zugang zu anderen Rechtsträgerregistern über die Vernetzungs-	5
137 L	lattform (Abs. 1)	8
	Verordnungsermächtigung Indexdatenübermittlung (Abs. 3)	10
V1. V	Verordnungsermächtigung Datenübermittlung durch transparenz-	11
P.	flichtige Einheiten (Abs. 4)	11
	§ 23 Einsichtnahme in das Transparenzregister,	
	Verordnungsermächtigung	
τ Δ	dlgemeines	1
	usblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	7
III. II	Das regelmäßige Einsichtnahmerecht (Abs. 1)	8
III. D	1. Betroffene und Gegenstand der Einsichtnahme (S. 1 Hs. 1)	8
	Einsichtnahmeberechtigte und zulässige Einsichtnahmezwe-	0
	cke (S. 1 Hs. 2)	10
	a) Nutzergruppe Behörden iwS (Nr. 1)	11
	b) Nutzergruppe Verpflichtete (Nr. 2)	18
	c) Nutzergruppe Mitglieder der Öffentlichkeit (Nr. 3)	24
	3. Inhalt des Einsichtnahmerechts	34
	4. Gestufter Beauskunftungsumfang (S. 3–5)	36
	5. Einsichtnahmeverfahren: Registrierung, Darlegungserfor-	50
	dernisse	42
IV B	Beschränkung des Einsichtnahmerechts (Abs. 2)	47
IV. D	1. Voraussetzung: Das Überwiegen schutzwürdiger Interessen	48
	a) Viktimisierungsgefahr gemäß Katalogtat (S. 2 Nr. 1)	51
	b) Minderjährigkeit (S. 2 Nr. 2 Alt. 1)	57
	c) Geschäftsunfähigkeit (S. 2 Nr. 2 Alt. 1)	58
	2. Antrag, Tatsachenvortrag, Beweismaß	59
	3. Rechtsfolgen: Gebundene Entscheidung, Umfang im	3)
	Ermessen	61
	4. Rechtsschutz gegen Versagung	63
	5. Wirkung einer Beschränkung	64
	6. Statistik	65
17 Δ	automatisiertes Einsichtnahmeverfahren für Behörden iwS und	03
	Banken (Abs. 3)	66
Ъ	1. Ratio und Normierungsbedarf	66

		Rп.
	2. Qualifizierter Nutzerkreis	68
	3. Verfahren	69
	4. Technisches und technischer Datenschutz	71
VI.	Registrierungserfordernis, Protokollierung, Diskretion der Ein-	
	sichtnahme (Abs. 4)	72
VII	Beschränkung auf Vorwärtssuche (Abs. 5)	74
	Zweckbindung (Abs. 6)	75
	Verordnungsermächtigung Registereinsicht (Abs. 7)	76
X	Auskunftsanspruch des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 8)	78
21.	ruskumisanspruch des wirtschafthen Berechtigten (ribs. 6)	70
§ 23a	Meldung von Unstimmigkeiten an die registerführende Stell	le
-	Allgemeines	1
11	Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL	5
111.	Pflicht zur Unstimmigkeitsmeldung (Abs. 1)	6
	1. Unstimmigkeits-Meldepflichtige (Abs. 1 S. 1 und S. 3	_
	Hs. 1)	6
	a) Verpflichtete	6
	b) Behörden mit Zuständigkeit unter GwG	8
	2. Vorliegen einer Unstimmigkeit (Abs. 1 S. 1, S. 4, S. 5)	9
	a) Stimmigkeit zwischen Kundenangaben und Erkenntnis-	4.0
	sen – Unstimmigkeit zum Registerinhalt	12
	b) Unstimmigkeit zwischen Kundenangaben und weite-	
	ren Erkenntnissen – Teilstimmigkeit zum Registerin-	- 4
	halt	21
	3. Unverzügliche Meldung (Abs. 1 S. 1)	23
	4. Ausnahmen von der Meldepflicht (Abs. 1 S. 2, S. 3 Hs. 2) .	24
	a) Verpflichteter im Rahmen von Rechtsberatung oder	
	Prozessvertretung	24
	b) Beeinträchtigung behördlicher Aufgabenwahrneh-	
	mung	25
	5. Adressat und Form der Meldung (S. 1, Abs. 2)	26
	6. Auswirkungen auf die laufenden Kundensorgfaltspflichten:	
	§ 10 Abs. 9?	27
IV.	Bearbeitung durch die registerführende Stelle, Sachverhaltsermitt-	
	lung (Abs. 3)	29
V.	Sachverhaltsaufbereitung durch Eigentums- und Kontrollstruktur-	
	übersichten (Abs. 3a)	32
VI.	Abgabe an und Weiterermittlung im Rahmen des OWi-Verfah-	
	rens durch das BVA (Abs. 4)	35
VII.	Verfahrensbeendigung (Abs. 5)	37
VIII.	Prüfungsvermerk und Prüfungsabschlussvermerk (Abs. 6)	39
	1. Eintragung von Amts wegen, Eintragungsort	39
	2. Wirkung	40
	a) Wirkung des Prüfungsvermerks	41
	b) Wirkung des Prüfungsabschlussvermerks	44
IX.	Bußgeldbewehrung, § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 65, 66	46

		Rn.	
§ :	§ 23b Meldung von Unstimmigkeiten bei der Zuordnung von Immobilien (noch nicht in Kraft)		
	Allgemeines	1	
	Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	3	
111.	Unstimmigkeits-Meldepflichtige	4	
	a) Behörden iSd § 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 1	4	
	b) Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 1-3 und 7 sowie		
	Notare	5	
	2. Vorliegen einer Unstimmigkeit	6	
	3. Ausnahmen von der Meldepflicht	7	
	a) Unbedingte Meldepflicht der Behörden b) Notare im Rahmen von Rechtsberatung oder Prozess-	7	
	vertretung	8	
	4. Unverzüglichkeit, Adressat und Form der Unstimmigkeits-	0	
	meldung	9	
IV.	Bearbeitung durch die registerführende Stelle, Sachverhaltsermitt-		
	lung (Abs. 3)	10	
V.	Eintragung korrigierter Immobiliendaten von Amts wegen		
	(Abs. 4)	11	
VI.	Keine Bußgeldbewehrung	12	
	§ 24 Gebühren und Auslagen, Verordnungsermächtigung		
ī	Allgemeines	1	
II.	Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	4	
III.	Registerführungsgebühr (Abs. 1)	5	
	Registerführungsgebühr (Abs. 1) L. 1. Gebührenpflichtige Leistung (S. 1) N. D. L. 1. Gebührenpflichtige Leistung (S. 1) N. Gebührenpflichtige (S. 1) N. Gebührenpflichtige (S. 1) N. Gebührenpflichtige (S. 1) N. Gebührenpflichtige (S. 1) N.	5	
	Gebührenschuldner (S. 1)	7	
	3. Gebührenbefreiung bei Gemeinnützigkeit (S. 2–5)	9	
13.7	4. Gebührenhöhe	11	
IV.	Einsichtnahmegebühr (Abs. 2) 1. Gebührenpflichtige Leistung (S. 1, S. 2)	12 12	
	2. Gebührenschuldner (S. 1, S. 3)	13	
	3. Gebührenhöhe	14	
V.	Auskunftsgebühr (Abs. 2a)	15	
VI.	Verordnungsermächtigung (Abs. 3)	16	
	§ 25 Übertragung der Führung des Transparenzregisters,		
	Verordnungsermächtigung		
	Allgemeines	1	
	Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL Beleihung, Verordnungsermächtigung (Abs. 1)	3 4	
111.	Beleihung als eine Form der Heranziehung Privater bei der	7	
	Erfüllung öffentlicher Aufgaben	4	
	Rechtfertigungsbedürfnis und gesetzgeberische Begrün-		
	dung	5	
	3. Institutioneller Gesetzesvorbehalt, Anforderungen an die		
	Verordnungsermächtigung	7	

		Rı
	4. Beleihung der Verlag Bundesanzeiger GmbH durch die	
	TBelV	
IV.	Materielle Beleihungsvoraussetzungen (Abs. 2)	
V.	Befristung und vorzeitige Beendigung der Beleihung, Rückfallan-	
	sprüche (Abs. 3)	1
	Siegelführung (Abs. 4)	1
	Gebührenerhebung und -vollstreckung (Abs. 5)	1
	Rechts- und Fachaufsicht durch das BVA (Abs. 6)	1 1
	§ 26 Europäisches System der Registervernetzung, Verordnungsermächtigung	
1.	Allgemeines	
	Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL	
111.	Befugnisnorm zur Datenübermittlung im Rahmen der EU-	
13.7	Registervernetzung (Abs. 1)	1
	Aufgabennorm, Pflicht zur Teilnahme an BORIS (Abs. 2) Speicherbegrenzung (Abs. 3)	1 1
	Verordnungsermächtigung (Abs. 4)	1
	Stand der europäischen Registervernetzung	1
V 11.	Stand der europaischen Registervernetzung	1
	§ 26a Abruf durch bestimmte Behörden	
I.	Allgemeines	
II.	Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	
	Abrufberechtigte Behörden und zulässige Abrufzwecke (Abs. 1) .	
IV.	Abrufverfahren, Rückwärtssuche (Abs. 2) Datenschutz (Abs. 3)	1
V.	Datenschutz (Abs. 3) I.D.U. III. A.I.V.D.L.U.IV.I.	1
Ab	schnitt 5. Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen	ı
	Vorbemerkungen vor §§ 27-42 - Zentralstelle für	
	Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU)	
	Allgemeines	
II.	Kritik	
	1. Ressortverlagerung und Ausgestaltung als administrative	
	Behörde	
	2. Personalausstattung	
	3. Bearbeitungsrückstände	1
	a) Chronologische Entwicklung und Bewertung	1
	b) Zwischenfazit	2
	4. Lange Bearbeitungsdauer/verspätete Weiterleitung von Mel-	_
	dungen	3
	a) Stark verzögerte Weiterleitung regulärer Meldungen	3
	b) Verspätete Weiterleitung von Fristfall-Meldungen 5. Fehlende Dateizugriffe	3
	6. Filterfunktion	4
	7. Arbeitsqualität	5
	8. Datenschutzrechtliche Kritikpunkte	5
	a) Arbeitsprozess der FIU für eingehende Meldungen	5

		Rn.
	b) Der "Informationspool"	61
	c) Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI)	65
	d) Clan-Mitglied als FIU-Mitarbeiter	70
	9. Risikobasierte Arbeitsweise der FIU	71
	10. Kosten vs. erklärte Mehreinnahmen	73
		13
	11. Feststellungen der FATF zur FIU im Deutschland-Evaluati-	7.
	onsbericht 2022	76
	12. Fazit	78
III.	Europäische Entwicklungen	82
	§ 27 Zentrale Meldestelle	
I.	Allgemeines	1
	1. Hintergrund, Definition und unionsrechtlicher Rahmen	1
	2. Nationale Entwicklungsgeschichte	6
П	Die FIU als zentrale Meldestelle (Abs. 1)	9
	Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der FIU (Abs. 2)	10
	Engenstandigheit und Ondonangigheit der 110 (1105, 2)	10
	§ 28 Aufgaben, Aufsicht und Zusammenarbeit	
I.	Allgemeines	1
	1. Hintergrund und Normhistorie	1
	2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	6
II.	Aufgaben der FIU (Abs. 1)	8
	1. Allgemeine Aufgaben (S. 1)	8
	2. Risikobasierte Arbeitsweise der FIU (S. 2)	10
	a) Fehlende/Rechtsgrundlage bis zum 17.11/2023	10
	b) Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine risikoba-	10
	sierte Arbeitsweise der FIU zum 18.11.2023 (S. 2)	18
	3. Die Aufgaben der FIU im Einzelnen (S. 3)	24
	a) Nr. 1: Entgegennahme und Sammlung von Meldun-	4
		24
	gen nach diesem Gesetz	24
	b) Nr. 2: Durchführung von operativen Analysen ein-	
	schließlich der Bewertung von Meldungen und sonsti-	0.5
	gen Informationen	25
	c) Nr. 3: Informationsaustausch und die Koordinierung	
	mit inländischen Aufsichtsbehörden	28
	d) Nr. 4: Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit	
	zentralen Meldestellen anderer Staaten	31
	e) Nr. 5: Untersagung von Transaktionen und Anord-	
	nung von sonstigen Sofortmaßnahmen	32
	f) Nr. 6: Übermittlung der sie betreffenden Ergebnisse	
	der operativen Analyse nach Nr. 2 und zusätzlicher	
	relevanter Informationen an die zuständigen inländi-	
	schen öffentlichen Stellen	33
	g) Nr. 7: Rückmeldung an den Verpflichteten, der eine	
	Meldung nach § 43 Abs. 1 abgegeben hat	35
	h) Nr. 8: Durchführung von strategischen Analysen und	20
	Erstellung von Berichten aufgrund dieser Analysen	38

		Rn.
	 i) Nr. 9: Austausch mit den Verpflichteten sowie mit den inländischen Aufsichtsbehörden und für die Aufklä- rung, Verhinderung oder Verfolgung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung zuständigen inländi- 	
	schen öffentlichen Stellen	43
	Abs. 2 der RL (EU) 2015/849 genannten Zahlen und Angaben	45
	k) Nr. 11: Veröffentlichung eines Jahresberichts über die erfolgten operativen Analysen	47
	Nr. 12: Teilnahme an Treffen nationaler und internatio- naler Arbeitsgruppen	49
	ben	50
III.	Mitwirkung bei der Feststellung von Vermögenswerten iZm	51
	Sanktionsmaßnahmen (Abs. 1a)	54
771	(Abs. 3)	58
V 1.	der sozialen Sicherungssysteme zuständigen Behörden (Abs. 4)	61
	§ 28a Unterrichtung des Deutschen Bundestages	
I.	Allgemeines	1
11. 111	Zusammensetzung und Arbeitsweise des Gremiums (Abs. 2)	3 5
IV.	Geheimhaltungspflicht (Abs. 3)	7
§ 29 Ve	erarbeitung personenbezogener Daten durch die Zentralstelle Finanztransaktionsuntersuchungen	für
T		1
1.	Allgemeines 1. Normhistorie und unionsrechtlicher Hintergrund	1
	Datenschutzrechtliche Herausforderungen für die FIU und Kritik	9
II.	Verarbeitung personenbezogener Daten (Abs. 1)	13
	1. Allgemeines	13
	Verarbeitung personenbezogener Daten durch die FIU a) Begriff der "Verarbeitung"	16 16
	b) Weiterverarbeitung (zu einem anderen Zweck)	29
	3. Daten, die aufgrund dieses Gesetzes übermittelt, erhoben	
	oder abgefragt werden	31
111	4. Soweit zur Erfüllung der Aufgaben der FIU erforderlich	32 33
111. [X/	Datenabgleich (Abs. 2) Einsatz automatisierter Verfahren (Abs. 2a)	33 34
1 V.	1. Allgemeines	34
	2. Zwecke des Einsatzes automatisierte Anwendungen zur	51
	Datenanalyse (S. 1)	37

		Rn.
	3. Von der Verarbeitung in automatisierten Anwendungen zur	
	Datenanalyse ausgenommene Datenarten (S. 2)	40
	4. Von der Verarbeitung in automatisierten Anwendungen zur	
	Datenanalyse erfasste Datenarten (S. 3)	44
	5. Verbot der Verknüpfung mit personenbezogenen Daten aus	
	allgemein zugänglichen Quellen (S. 5)	46
V.	Konkretisierung der Methoden automatisierter Anwendungen	
	zur Datenanalyse und Ausschluss bestimmter selbstlernender und	
	automatisierter Systeme (Abs. 2b)	47
	1. Allgemeines	47
	2. Ziel des Einsatzes automatisierter Anwendungen zur Daten-	
	analyse (S. 1)	49
	3. Gegenstand des Einsatzes automatisierter Anwendungen zur	
	Datenanalyse: Meldungen und sonstige Informationen im	
	Datenbestand der FIU (S. 1)	51
	4. Inhalt und Methoden des Einsatzes automatisierter Anwen-	
	dungen zur Datenanalyse (S. 2 und 3)	52
	5. Verbot bestimmter selbstlernender und automatisierter Sys-	- 4
T 7T	teme (S. 4)	54
VI.	Befugnisse für die FIU im Rahmen der operativen Analyse	E /
7711	(Abs. 2c)	56
V 11.	Verarbeitung zu Fortbildungszwecken oder zu statistischen Zwedern (Abe. 3)	61
37111	cken (Abs. 3) Datenverarbeitung zur Vorbereitung des Einsatzes automatisierter	01
V 111.	Verfahren (Abs. 4)	63
IY	Organisatorische und technische Maßnahmen (Abs. 5)	65
IA.	Detanschutzgechtliche Schulungen (Abe 6)	68
VI	Datenschutzrechtliche Schulungen (Abs. 6)	69
	Anordnung von Maßnahmen durch den BfDI (Abs. 8)	72
7111.	Thioranding von Madhammen daten den Bib'i (163. 6)	12
	C40 A 1 25 11 17 C	
	§ 30 Analyse von Meldungen und Informationen	
I.	Allgemeines	1
	1. Hintergrund und Normhistorie	1
	2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL und die AMLA-	
	VO	5
II.	Entgegennahme und Verarbeitung von Meldungen und Informa-	
	tionen (Abs. 1)	6
	1. Meldungen nach §§ 43 und 44 (Nr. 1)	7
	2. Mitteilungen der Finanzbehörden nach § 31b AO (Nr. 2)	8
	3. Barmittelanmeldungen und Barmittelkontrollmitteilungen	
	(Nr. 3)	12
**-	4. Sonstige Informationen (Nr. 4)	18
III.	Operative Analyse (Abs. 2)	19
	1. Allgemeines	19
	a) Ubersicht	19
	b) Begriff und Prozess der "operativen Analyse"	20
	c) Abgrenzung zur Risikobewertung	24
	d) Strukturelle Einordnung der "operativen Analyse"	27

		Rn.
	2. Analyse von verdächtigen Transaktionen und sonstigen	
	Informationen (S. 1)	30
	a) Vorbemerkungen	30
	b) Pflicht der FIU zur operativen Analyse	33
	c) Umfang und Ziel der operativen Analyse	34
	3. Risikobasierte Ausrichtung der operativen Analyse (S. 2)	41
	4. Einsatz von Risikobewertungssystemen (S. 3 bis 8)	45
	a) Befugnis zum Einsatz von Risikobewertungssystemen	
	(S. 3)	45
	b) Vorgaben zur Ausgestaltung und Überprüfung der	
	Risikobewertungssysteme (S. 4 – 10)	47
IV.	Durchführung von Auswertungen aus eigener Veranlassung	
	(Abs. 2a)	54
V.	Einholung von Informationen von Verpflichteten (Abs. 3)	57
§ 31	Auskunftsrecht gegenüber inländischen öffentlichen Stellen,	
	Datenzugriffsrecht, Verordnungsermächtigung	
I.	Allgemeines	1
	1. Hintergrund und Normhistorie	1
	2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-Richtlinie	5
II.	Datenerhebung bei inländischen öffentlichen Stellen (Abs. 1)	10
	Pflicht der angefragten Stellen zur unverzüglichen Beantwortung	
	(Abs. 2)	15
IV.	Automatisierte Datenübermittlung (Abs. 3)	16
	Automatisierter Abgleich mit Daten im polizeilichen Informati-	
	onsverbund (Abs. 4) HBUCHHANDLUNG.	22
	1. Allgemeines	22
	a) Entwicklungsgeschichte	22
	b) Kritik	28
	2. Abgleich mit Daten, die im polizeilichen Informationsver-	
	bund gespeichert sind (S. 1)	33
	3. Differenzierung hinsichtlich der betroffenen Daten ("Misch-	
	modell") (S. 2–5)	35
	4. Einrichtung eines weitergehenden automatisierten Abrufver-	
	fahrens (S. 7)	39
VI.	Automatisierte Auskunft aus dem ZStV (Abs. 4a)	40
	1. Allgemeines	40
	2. Automatisierte Abfrage unter Angabe spezifischer Parame-	
	ter (S. 1)	44
	3. Automatisierter Abruf der Daten im Trefferfall (S. 2)	45
	4. Verwendungsbeschränkung (S. 3)	46
VII.	Auskunftspflicht der Finanzbehörden und automatisierter Abruf	
	von Steuerdaten durch die FIU (Abs. 5)	47
	1. Allgemeines	47
	2. Voraussetzungen des Datenabrufs (S. 1 und 2)	50
	3. Suchparameter und datenschutzrechtliche Bestimmungen	
	(S. 3 bis 9)	53

		Кn.
	4. Verordnungsermächtigung zur weiteren Ausgestaltung des	
	Abrufverfahrens (S. 10)	60
	5. Sonderregelungen bzgl. des automatisierten Abrufs anderer	
	Daten der Finanzbehörden und Behörden der Zollverwal-	
	tung (S. 11 und 12)	61
VIII.	Automatisierter Abruf bei Landesfinanzbehörden zu Grundstücks-	
	veräußerungsanzeigen (Abs. 5a)	62
	1. Allgemeines	62
	2. Voraussetzungen	64
IX	Automatisierter Kontostammdatenabruf nach § 24c KWG	01
171.	(Abs. 6)	67
	1 Allgamaines	67
	1. Allgemeines	
37	2. Regelungsgehalt	73
Χ.	Automatisierter Datenabruf bei Meldebehörden (Abs. 7)	79
	1. Allgemeines	79
	2. Automatisierter Datenabruf zur Personalienüberprüfung	
	(S. 1)	82
	3. Automatisierter Datenabruf zur operativen Analyse (S. 2)	88
	4. Löschpflicht (S. 3)	90
8 32 D:	atenübermittlungsverpflichtung an inländische öffentliche Sto	ellen
1.	Allgemeines	1
	1. Hintergrund und Normhistorie	1
	2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-Richtlinie	11
II.	Datenübermittlung an das BfV (Abs. 1)	12
III.	Datenübermittlung an Strafverfolgungsbehörden, BND und BfV	
	bei Verdacht auf Straftaten (Abs. 2)	18
	1. Allgemeines	18
	2. Verpflichtung zur unverzüglichen Weiterleitung an die	
	zuständigen Strafverfolgungsbehörden (S. 1)	21
	a) Verdachtsgrad	21
	b) Weiterleitungspflicht	25
	c) Unverzüglichkeit	31
	d) Folgen pflichtwidriger Nicht-Weiterleitung von Mel-	
	dungen	32
	e) Zuständige Strafverfolgungsbehörde	39
	3. Verpflichtung zur Weiterleitung an den BND (S. 2)	41
	4. Verpflichtung zur Weiterleitung des Ergebnisses der operati-	41
	ven Analyse sowie aller sachdienlichen Informationen an	10
	das BfV (S. 3)	42
	5. Bereitstellung der Informationen zu sonstigen Straftaten	
	zum automatisierten Datenabruf anstelle der Übermittlung	
	nach S. 1 (S. 4)	43
IV.	Datenübermittlung an inländische Behörden in sonstigen Fällen	
	(Abs. 3)	48
	1. Datenübermittlung zur Aufklärung von Gefahren oder der	
	Durchführung von Strafverfahren an Strafverfolgungsbehör-	
	den, BfV, BND oder MAD (S. 1)	48

		Кn.
	2. Datenübermittlung für Besteuerungsverfahren, Verfahren	
	zum Schutz der sozialen Sicherungssysteme und für die Auf-	
	gabenwahrnehmung der Aufsichtsbehörden (S. 2)	55
V.	Übermittlung von Daten aus Finanzinformationen und -analysen	
	an das BKA (Abs. 3a)	61
VI	Übermittlung von sanktionsrelevanten Erkenntnissen (Abs. 3b)	63
	Automatisierter Abruf von Daten der FIU durch die Strafverfol-	00
V 11.	gungsbehörden, BfV und BKA (Abs. 4)	64
	1. Allgemeines	64
	Automatisierte Datenabrufbefugnis für Strafverfolgungsbe-	04
		(7
	hörden, BfV und BKA (S. 1)	67
* ****	3. Kontrollmechanismen der abrufenden Behörde (S. 2)	71
VIII.	Unterbleiben der Datenübermittlung (Abs. 5)	72
	1. Unterbleiben bei negativen Auswirkungen auf den Erfolg	
	laufender Ermittlungen oder Analysen (S. 1 Nr. 1)	72
	2. Unterbleiben bei Unverhältnismäßigkeit (S. 1 Nr. 2)	74
	3. Begründungspflicht bei unterbliebener Datenübermittlung	
	nach Abs. 3a und Sonderregelung beim automatisierten	
	Datenabruf nach Abs. 4 (S. 2-4)	76
IX.	Datenübermittlung der Strafverfolgungsbehörde an die zuständige	
	Finanzbehörde bei Einleitung eines Strafverfahrens (Abs. 6)	78
X.	Verwendungsbeschränkung, Zweckänderung (Abs. 7)	83
	§ 32a Datenübermittlung an Europol	
ī	Allgemeines ELLAS	1
1.	1 Normhistorie	1
	Normhistorie Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO und die 6. EU-Geld-	
	wäsche-RL	3
П	Befugnis der FIU zur Übermittlung von Finanzinformationen	,
11.	und -analysen an Europol (Abs. 1)	5
		5
	1. Voraussetzungen zur Datenübermittlung (S. 1)	9
TTT	2. Zeitnahe Übermittlung über das BKA (S. 2)	
111.	Verweigerung der Übermittlung (Abs. 2)	12
	Begründungspflicht bei Verweigerung (Abs. 3)	18
V.	Verwendungsbeschränkung (Abs. 4)	19
•	Datenaustausch mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union	n
I.	Allgemeines	1
	1. Hintergrund	1
	2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	6
II.	Grundsätze der zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleis-	
	tenden Zusammenarbeit (Abs. 1)	7
	1. Datenaustausch unabhängig von der Geldwäschevortat (S. 1	
	und 2)	7
	2. Weiterleitungspflicht bei Betroffenheit eines anderen EU-	
	Mitgliedstaats (S. 3)	11
	a) Grundsatz und Beschränkung auf Meldungen nach	
	§ 43 Abs. 1	11

		Rn.
	b) Betroffenheit eines anderen EU-Mitgliedstaats	13
	c) Grenzen	15
	d) Pflicht zur "umgehenden" Weiterleitung	16
	3. Nutzung eines Systems zur verschlüsselten automatisierten	
	Weiterleitung (S. 4)	19
Ш	Datenübermittlung im internationalen Bereich (Abs. 2)	20
	Auskunftsersuchen an FIUs anderer Staaten zu in Deutschland	20
ıv.	Auskumitsersuchen an 140s anderer Staaten zu in Deutschland	20
V.	tätigen Verpflichteten (Abs. 3)	26
	Mitgliedstaates (Abs. 4)	28
	1. Allgemeines	28
	2. Ablehnungsgründe (S. 1 Nr. 1–4)	30
	3. Begründungspflicht für Ablehnungen (S. 2)	36
VI.	Verwendungs- und Weiterleitungsbeschränkungen bei der Beant-	
	wortung ausländischer Auskunftsersuchen (Abs. 5)	37
VII.	Benennung einer zentralen Kontaktstelle (Abs. 6)	41
8	§ 34 Informationsersuchen im Rahmen der internationalen	
•	Zusammenarbeit	
ī	Allgemeines	1
11	Befugnis der FIU für Ersuchen an FIUs in Drittstaaten (Abs. 1) .	5
		5
111.	Befugnis der FIU zur Übermittlung personenbezogener Daten in	7
13.7	Ersuchen an FIUs in Drittstaaten (Abs. 2)	/
IV.	Inhaltliche Anforderungen an Ersuchen und Weitergabe von	0
	Daten (Abs. 2)	8
	§ 35 Datenübermittlung im Rahmen der internationalen	
	Zusammenarbeit	
1.	Allgemeines	1
11.	Weiterleitung von Meldungen an zentrale Meldestellen anderer	
	Staaten (Abs. 1)	7
III.	Beantwortung von Ersuchen ausländischer zentraler Meldestellen	
	(Abs. 2)	9
	1. Zwecke der Datenübermittlung (S. 1 Nr. 1–3)	9
	2. Ergänzende Vorschriften zur Datenübermittlung (S. 2–5)	15
IV.	Anforderungen an eingehende Ersuchen (Abs. 3)	19
	1. Allgemeines	19
	2. Angabe der Kontaktdaten der ersuchenden Behörde	
	(Nr. 1)	20
	3. Begründung und Angabe des Verwendungszwecks der	
	ersuchten Daten (Nr. 2)	21
	4. Angabe der Einzelheiten zur Identität der betroffenen Per-	
	son (Nr. 3)	22
	5. Mitteilung des zugrundeliegenden Sachverhalts (Nr. 4)	23
	6. Darlegung des Zusammenhangs des Sachverhalts zu Geldwä-	
	sche oder Terrorismusfinanzierung (Nr. 5)	24
W	Sonstige Datenübermittlungen an ausländische FIUs (Abs. 4)	25
	Datenschutzrechtliche Prüfpflicht (Abs. 5)	28
v	- accessors and a second transfer to the second transfer of the seco	

VIII. IX. X. XI. § 3	Verwertungsbeschränkungen (Abs. 6) Hinderungsgründe für die Datenübermittlung (Abs. 7) Regelbeispiele für ein Unterbleiben der Datenübermittlung (Abs. 8) Darlegung der Ablehnungsgründe (Abs. 9) Dokumentation und Aufbewahrung (Abs. 10) 36 Automatisierter Datenabgleich im europäischen Verbund Allgemeines Befugnis zur Einrichtung und zum Betreiben von FIU.net und Zweck	Rn. 29 30 35 38 42
	Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschun nenbezogener Daten aus automatisierter Verarbeitung und b Speicherung in automatisierten Dateien	
	Allgemeines Berichtigung unrichtig gespeicherter personenbezogener Daten	1
III.	(Abs. 1)	4 8
1,	genen Daten (Abs. 3) 1. Allgemeines 2. Beeinträchtigung schutzwürdiger Interessen eines Betroffe-	11 11
	nen (S. 1 Nr. 1) 3. Erforderlichkeit für laufende Forschungsarbeiten (S. 1 Nr. 2)	13 14
V.	4. Unverhältnismäßiger Aufwand der Löschung (S. 1 Nr. 3) 5. Folgen eingeschränkter Verarbeitung (S. 2 und 3)	15 16 18
	Datenschutzrechtliche Prüfung bei der Datenübermittlung (Abs. 6) Verfahren bei übermittelten unrichtigen, zu löschenden oder in	20
	der Verarbeitung einzuschränkenden personenbezogenen Daten (Abs. 7)	24
	erichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Vernichtu enbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet were noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind	
I. II.	Allgemeines Dokumentationspflicht bei Feststellung unrichtiger Daten	1
	(Abs. 1)	3
	(Abs. 2)	4
	Abgabe an das zuständige Archiv bei bleibendem Wert der Unterlagen (Abs. 5)	8

		ŀ
VI.	Verfahren bei übermittelten unrichtigen, zu löschenden oder in der Verarbeitung einzuschränkenden personenbezogenen Daten	
	(Abs. 6)	
3	§ 38a Protokollierung von Informationsersuchen, Statistik, Verordnungsermächtigung	
I.	Allgemeines	
II.	Protokollierungspflicht von Auskunftsersuchen (Abs. 1)	
	Inhalt der Protokolle (Abs. 2)	
IV.	Aufbewahrungs- und Löschpflichten, Zusammenarbeit mit der/	
17	dem BfDI (Abs. 3) Statistikpflicht, Verordnungsermächtigung (Abs. 4)	
٧.	Statistikplicht, verordnungsermachtigung (Abs. 4)	
	§ 39 Errichtungsanordnung	
I.	Allgemeines	
II.	Pflicht zum Erlass von Errichtungsanordnungen; Zustimmungs-	
TT	und Anhörungspflichten (Abs. 1)	
	Kompetenz der Generalzolldirektion zur Sofortanordnung in eil-	
ı v.	bedürftigen Fällen (Abs. 3)	
V.	Turnusmäßige Prüfpflichten (Abs. 4)	
	§ 40 Sofortmaßnahmen	
I.	Allgemeines 1	
	1. Hintergrund und Normhistorie	
	2. Sofortmaßnahmen in der Praxis A	
П	Befugnis zur Anordnung von Sofortmaßnahmen (Abs. 1)	
11.	1. Arten von Sofortmaßnahmen	
	a) Untersagung der Durchführung von Transaktionen	
	(S. 1)	
	b) Weitere Arten von Sofortmaßnahmen (S. 2)	
	2. Voraussetzungen für die Anordnung von Sofortmaßnah-	
	men	
	a) Anhaltspunkte für Geldwäsche, eine Straftat nach § 18 Abs. 1 AWG oder Terrorismusfinanzierung	
	b) Verdachtsgrad	
	c) Zweck von Sofortmaßnahmen	
	3. Formvorschriften	
	4. Verpflichtung der FIU zur Anordnung von Sofortmaßnah-	
	men bei Vorliegen der Voraussetzungen und Haftung	
тт	5. Mitwirkung/Pflichten des Verpflichteten	
11.	Sofortmaßnahmen aufgrund des Ersuchens einer zentralen Melde- stelle eines anderen Staates (Abs. 2)	
IV	stelle eines anderen Staates (Abs. 2) Aufhebung von Sofortmaßnahmen (Abs. 3)	
	Dauer von Sofortmaßnahmen (Abs. 4)	
٠.	1. Allgemeines	
	2. Ende mit Ablauf eines Monats nach Anordnung (Nr. 1)	

		R
	3. Ende mit Ablauf des fünften Werktages nach Abgabe des	
	Sachverhalts an die zuständige Strafverfolgungsbehörde	
	(Nr. 2)	
	4. Ende bei früher durch die FIU festgelegtem Zeitpunkt (Nr. 3)	
VI.	Freigabe von Vermögensgegenständen auf Antrag (Abs. 5)	
	Rechtsmittel gegen Sofortmaßnahmen (Abs. 6)	
_	§ 41 Rückmeldung an Verpflichtete und Behörden	
I.	Allgemeines	
	1. Ratio legis	
	Normhistorie Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	
TT		
	Eingangsbestätigung (Abs. 1)	
111.	der Meldung und Nutzung der erlangten personenbezogenen	
	Daten durch den Verpflichteten (Abs. 2)	
	1. Rückmeldung der FIU zur Relevanz der Meldung (S. 1)	
	a) Pflicht zur Rückmeldung	
	b) "in angemessener Zeit"	
	c) Rückmeldung "zur Relevanz seiner Meldung"	
	d) Kritik an der Rückmeldepraxis der FIU	
	2. Verwertungsbeschränkung und Löschverpflichtung (S. 2	
	und 3)	
	IV. Rückmeldungen an Aufsichts- und Finanzbehörden (Abs. 3)	
8 42	Benachrichtigung von inländischen öffentlichen Stellen an d	ie
	Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen	
ī	Allgemeines	
	1. Normhistorie	
	2. Ratio legis und Hintergrund	
	3. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	
II.	Rückmeldepflicht der StA an die FIU in Strafverfahren (Abs. 1)	
	1. Rückmeldepflicht (S. 1)	
	a) Allgemeines/Historie	
	b) In Strafverfahren: Mitteilung der Erhebung der öffentli-	
	chen Klage und des Ausgangs des Verfahrens ein-	
	schließlich aller Einstellungsentscheidungen	
	2. Form der Rückmeldung (S. 2)	
III.	Rückmeldepflicht sonstiger inländischer öffentlicher Stellen	
	(Abs. 2)	
	1. Allgemeines	
	2. Rückmeldepflicht (S. 1)	
	a) Allgemeines	
	b) Polizeibehörden	
	c) Finanzbehördend) Die für den Schutz der sozialen Sicherungssysteme	
	u) Die für den Schutz der sozialen Sicherungssysteme	
	zuständigen Behörden	

	Rn.
e) Aufsichtsbehörden	24
f) Rechtsvorschriften, die der Benachrichtigung entge-	
genstehen können (2. Hs)	25
3. Steuergeheimnis (S. 2)	26
5. Stedergenemmis (5. 2)	20
Abschnitt 6. Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten	
§ 43 Meldepflicht von Verpflichteten, Verordnungsermächtigung	5
I. Vorbemerkungen	1
1. Hintergrund	1
2. Normhistorie	7
a) Entwicklung bis heute	7
b) FATF Deutschland-Evaluationsbericht 2022	19
c) Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	24
3. Terminologie und Rechtsnatur von Meldungen nach § 43	28
4. Weitere Anzeige- und Meldepflichten im Kontext	34
a) Anzeigepflichten nach § 23 Abs. 1 S. 1 WpHG und	
Art. 16 Abs. 1 und 2 MAR	34
b) Meldung an BAFA/Bundesbank gem. Art. 6b VO	51
(EU) 833/2014 zur Verhinderung von Sanktionsumge-	
hungen	38s
c) Behördliche und gerichtliche Meldepflichten	39
5. Zur Wirksamkeit des Meldewesens	45
a) Vorbemerkung	45
b) Kritische Anmerkungen zur FIU-Statistik	47
c) Strafverfolgungsstatistik A.A	53
d) Gründe für die geringe Zahl an Verurteilungen wegen	33
Geldwäsche (§ 261 StGB)	55
e) Auswirkungen des all-crimes-Ansatzes	58
f) Fazit	61
II. Meldepflichten (Abs. 1 S. 1)	67
1. Allgemeines	67
a) Meldepflicht in Fällen des Versuchs	67
b) Meldepflicht, wenn ein anderer Verpflichteter oder ein	07
Dritter wegen desselben Sachverhalts bereits eine Mel-	
dung bzw. eine Strafanzeige nach § 158 StPO erstattet	
hat oder nach behördlichen Auskunftsersuchen	69
c) Form der Meldung	71
d) Folgen von Meldungen	72
	78
e) Entfallen der Meldepflicht	80
f) Strafanzeige vs. Meldung	87
g) Bußgeldbewehrung	88
	88
a) Tatsachen	91
b) Der Verdachtsgrad	108
c) Verdachtsschöpfung	114
e) Risikoschwerpunkte der FIU	115
ej Kisikosciiwei puiikte dei 110	113

	Rn.
3. Die einzelnen Meldepflichten (Abs. 1 S. 1)	116
a) Verdacht auf Geldwäsche oder eine ihrer Vortaten	
(Abs. 1 S. 1 Nr. 1)	116
b) Verdacht auf Terrorismusfinanzierung (Abs. 1 S. 1	
Nr. 2)	126
c) Verstoß gegen Offenlegungspflicht (Abs. 1 S. 1 Nr. 3)	136
4. Umfang und Inhalt der Meldepflicht ("diesen Sachver-	
halt")	143
5. Unabhängigkeit vom Wert des betroffenen Vermögensge-	
genstandes oder der Transaktionshöhe	145
6. Unverzüglichkeit der Meldung	148
a) Allgemeines	148
b) Beschluss des OLG Frankfurt am Main vom	
10.4.2018, 2 Ss-Owi 1059/17	151
c) Zulässige Dauer von Prüfungen und Nachforschun-	
gen	152
7. Die FIU als Adressatin der Meldung	157
8. Mitteilungspflicht zusätzlich erstatteter Strafanzeige (Abs. 1	
S. 2)	162
III. Sonderregelungen bei Rechtsberatung oder Prozessvertretung	4.4
(Abs. 2)	167
1. Vorbemerkungen	167
a) Entwicklungsgeschichte und Ausblick auf die EU-	177
Geldwäsche-VOb) Hintergrund	167 170
c) Meldeverhalten der Verpflichteten nach § 2 Abs. 1	170
Nr. 10 und 12 in der Praxis	174
2. Befreiung von der Meldepflicht bei Rechtsberatung oder	1/4
Prozessvertretung (Abs. 2 S. 1)	178
a) Allgemeines	178
b) Privilegierter Personenkreis	179
c) Rechtsberatung und Prozessvertretung	181
3. Rückausnahme 1: Missbrauch der Rechtsberatung oder Pro-	101
zessvertretung für Zwecke der Geldwäsche, der Terrorismus-	
finanzierung oder einer anderen Straftat (Abs. 2 S. 2	
Alt. 1)	185
a) Missbrauch der Rechtsberatung oder Prozessvertretung	
für Zwecke der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzie-	
rung oder einer anderen Straftat	185
b) Wissen hinsichtlich des Missbrauchs der Rechtsbera-	
tung oder Prozessvertretung	188
c) Folgen	191
4. Rückausnahme 2: Fall des Abs. 6 – meldepflichtige Sachver-	
halte nach der GwGMeldV-Immobilien (Abs. 2 S. 2	
Alt. 2)	193
IV. Meldepflicht für internationale Verpflichtete (Abs. 3)	194
V. Verhältnis der Meldung zur Selbstanzeige nach § 261 Abs. 8	
StGB (Abs. 4)	195

		Rn.
	1. Allgemeines	195
	2. Meldung als strafbefreiende Selbstanzeige iSv § 261 Abs. 8	
	StGB (S. 1)	201
	3. Meldepflicht schließt Freiwilligkeit nach § 261 Abs. 8 StGB	20.4
X 7 T	nicht aus (S. 2)	204
VI.	Bestimmung typisierter Transaktionen durch die FIU (Abs. 5)	205
	1. Bestimmung typisierter Transaktionen, die stets zu melden	205
	sind (S. 1)	205
	2. Bestimmung typisierter Transaktionen, die nicht zu melden	200
3711	sind (S. 2)	208 212
V 11.	Verordnungsermächtigung (Abs. 6)	212
	§ 44 Meldepflicht von Aufsichtsbehörden	
ī	Allgemeines	1
11	Meldepflicht der Aufsichtsbehörden (Abs. 1)	4
11.	1. Meldepflicht (S. 1)	4
	2. Sonderregelung für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 10	
	und 12, die gem. § 43 Abs. 2 von einer Meldung abgese-	
	hen haben (S. 2)	11
	a) Normhistorie	11
	b) Regelungsgehalt	16
Ш	Meldepflicht der für die Überwachung der Aktien-, Devisen-	10
1111	und Finanzderivatemärkte zuständigen Behörden (Abs. 2)	18
8 45	Form der Meldung, Registrierungspflicht, Ausführung durc	h
§ 45	Form der Meldung, Registrierungspflicht, Ausführung durc Dritte, Verordnungsermächtigung	h
§ 45	Form der Meldung, Registrierungspflicht, Ausführung durc Dritte, Verordnungsermächtigung	
§ 45 I.	Allgemeines Allgemeines	1
§ 45	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte	
§ 45 I.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die	1 1
§ 45	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654	1 1
I.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung	1 1 4 8
I.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1)	1 1 4 8 9
I.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML	1 1 4 8 9
I.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren	1 1 4 8 9 9
I.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen	1 1 4 8 9 9 13 14
I. II.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2)	1 1 4 8 9 9 13 14 15
I. II. IV.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3)	1 4 8 9 9 13 14 15 22
I. II. III. IV. V.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3) Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4)	1 4 8 9 9 13 14 15 22 27
I. II. III. IV. V.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3) Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4) Ausnahmegenehmigung der FIU bei unbilliger Härte (Abs. 2)	1 4 8 9 9 13 14 15 22
I. II. III. IV. V.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3) Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4) Ausnahmegenehmigung der FIU bei unbilliger Härte (Abs. 2) 1. Ausnahmsweise Genehmigung der Übermittlung auf dem	1 4 8 9 9 13 14 15 22 27 29
I. II. III. IV. V.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3) Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4) Ausnahmegenehmigung der FIU bei unbilliger Härte (Abs. 2) 1. Ausnahmsweise Genehmigung der Übermittlung auf dem Postweg (S. 1)	1 4 8 9 9 13 14 15 22 27
I. II. III. IV. V.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3) Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4) Ausnahmegenehmigung der FIU bei unbilliger Härte (Abs. 2) 1. Ausnahmsweise Genehmigung der Übermittlung auf dem Postweg (S. 1) 2. Weitere Ausnahmemöglichkeiten	1 1 4 8 9 9 13 14 15 22 27 29
II. III. V. VI.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3) Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4) Ausnahmegenehmigung der FIU bei unbilliger Härte (Abs. 2) 1. Ausnahmsweise Genehmigung der Übermittlung auf dem Postweg (S. 1) 2. Weitere Ausnahmemöglichkeiten 3. Möglichkeit der Befristung der Ausnahme	1 1 4 8 9 9 13 14 15 22 27 29 30
II. III. V. VI.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3) Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4) Ausnahmegenehmigung der FIU bei unbilliger Härte (Abs. 2) 1. Ausnahmsweise Genehmigung der Übermittlung auf dem Postweg (S. 1) 2. Weitere Ausnahmemöglichkeiten 3. Möglichkeit der Befristung der Ausnahme Pflicht zur Verwendung des amtlichen Vordrucks bei Übermitt-	1 1 4 8 9 9 13 14 15 22 27 29 30
I. III. IV. V. VI.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3) Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4) Ausnahmegenehmigung der FIU bei unbilliger Härte (Abs. 2) 1. Ausnahmsweise Genehmigung der Übermittlung auf dem Postweg (S. 1) 2. Weitere Ausnahmemöglichkeiten 3. Möglichkeit der Befristung der Ausnahme Pflicht zur Verwendung des amtlichen Vordrucks bei Übermittlung auf dem Postweg (Abs. 3)	1 1 1 4 8 8 9 9 9 13 144 155 222 277 29 29 30 34
I. III. IV. V. VI. VIII.	Allgemeines 1. Entstehungsgeschichte 2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 3. Bußgeldbewehrung Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) 1. goAML 2. Einsatz automatisierter Verfahren 3. Zurückweisung von Meldungen Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3) Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4) Ausnahmegenehmigung der FIU bei unbilliger Härte (Abs. 2) 1. Ausnahmsweise Genehmigung der Übermittlung auf dem Postweg (S. 1) 2. Weitere Ausnahmemöglichkeiten 3. Möglichkeit der Befristung der Ausnahme Pflicht zur Verwendung des amtlichen Vordrucks bei Übermitt-	1 1 1 4 4 8 8 9 9 9 133 144 155 222 277 29 29 30 34 35

	Rn.
2. GwGMeldV	42
3. Keine Möglichkeit der Abweichung durch Landesrecht	43
§ 46 Durchführung von Transaktionen	
I. Allgemeines	1
Normhistorie und ratio legis	1
2. Fristfallmeldungen in der Praxis	5
3. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO und die Instant-Pay-	9
ment-VO	9
II. "Fristfallregelung" (Abs. 1)	12
1. Anhaltepflicht (S. 1)	12
a) Eine Transaktion, wegen der eine Meldung nach § 43	
Abs. 1 erfolgt ist	12
b) Durchführung der Transaktion bei Zustimmung der	12
FIU oder der StA (Abs. 1 S. 1 Nr. 1)	23
c) Durchführung der Transaktion nach Fristablauf (Abs. 1	
S. 1 Nr. 2)	27
d) Haftung	39
2. Samstag gilt nicht als Werktag/Feiertagsregelungen (S. 2)	41
3. Bestimmung von Kriterien für eine Analyse innerhalb der	
Frist nach S. 1 Nr. 2 (S. 3–5)	42
a) Vorbemerkungen	42
h) Regelingsgehalt	48
III. "Eilfallregelung" (Abs. 2)	51
III. "Eilfallregelung" (Abs. 2)	
§ 47 Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächtigu	ng
I. Allgemeines HACHBUCHMANDLUNG	1
1. Normhistorie, ratio legis und Hintergrund	1
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	6
II. Verbot der Informationsweitergabe/,,Tipping-Off"-Verbot	
(Abs. 1)	7
1. Normadressaten	7
2. Reichweite des Tipping-Off-Verbots	8
a) Grundsätzliches	8
b) Information über beabsichtigte oder erstattete Mel-	
dung (Nr. 1)	13
c) Information über Ermittlungsverfahren (Nr. 2)	14
d) Information über Auskunftsverlangen der FIU	
(Nr. 3)	15
e) Information über Sofortmaßnahmen der FIU	16
f) Dauer des Tipping-Off-Verbots	17
III. Ausnahmen vom Verbot der Informationsweitergabe (Abs. 2)	18
1. Vorbemerkungen	18
2. Gesetzliche Ausnahmetatbestände (S. 1)	20
a) Übermittlung an staatliche Stellen (Nr. 1)	20
b) Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1	
Nr. 1–3 und 6–8, die derselben Unternehmensgruppe	
angehören (Nr. 2)	22

		Rп.
	c) Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1	
	Nr. 1–3 und 6–8 und ihren nachgeordneten Gruppen-	
	unternehmen in Drittstaaten (Nr. 3)	24
		27
	d) Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1	20
	Nr. 10–12 in bestimmten Fällen (Nr. 4)	26
	e) Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1	
	Nr. 1-3, 6, 7, 9, 10 und 12 in Fällen, die sich auf den-	
	selben Vertragspartner und dieselbe Transaktion bezie-	
	hen (Nr. 5)	29
	3. Weitere Ausnahmen	33
	4. Verwendungsvorbehalt (S. 2)	36
IV	Verschwiegenheitsverpflichtung für andere staatliche Stellen	
1 4.	(Abs. 3)	37
	1. Weitergabeverbot für andere staatliche Stellen (S. 1)	37
		3/
	2. Ausnahme vom Weitergabeverbot bei Einverständnis der	4.0
	FIU (S. 2)	40
V.	Sonderregelung für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 10–12	
	(Abs. 4)	42
VI.	Sonderregelung für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 1–9	
	(Abs. 5)	45
VII.	Rechtsverordnungsermächtigung (Abs. 6)	49
	§ 48 Freistellung von der Verantwortlichkeit	
т	Allgemeines A. G. M. G. M.	1
1.		1
	1. Hintergrund, Normhistorie und ratio legis	7
	2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	/
11.	Freistellung von der Verantwortlichkeit für den Meldenden bzw.	
	Anzeigenden (Abs. 1)	8
	1. Allgemeines	8
	2. Meldung nach § 43 oder Strafanzeige nach § 158 StPO	11
	3. Umfang der Haftungsfreistellung	15
	4. Besonderheiten iZm Verpflichteter nach § 2 Abs. 1 Nr. 10	
	und 12	19
	5. Grenzen der Haftungsfreistellung	21
III	Geltung für unternehmensinterne Meldungen und Auskunftsver-	
111.	langen der FIU (Abs. 2)	24
		24
	1. Haftungsfreistellung für unternehmensinterne Meldungen	2.4
	(Nr. 1)	24
	2. Haftungsfreistellung bei Beantwortung von Auskunftsverlan-	
	gen der FIU (Nr. 2)	26
§ 49	Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftigte	en
I.	Allgemeines	1
	1. Hintergrund und Normhistorie	1
	Allgemeine Anmerkungen und Kritik	4
	a) Keine Anwendung des IFG	4
	b) Abgrenzung zu Hinweisgeberregelungen (Whistleblo-	7
	wing)	5

	c) Kritik
	d) Beauftragung des BfDI zur Ausübung des Auskunfts-
	rechts 3. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO und die 6. EU-Geld-
TT	wäsche-RL Auskunft an den Betroffenen bei noch laufender operativer Ana-
11.	lyse (Abs. 1)
	1. Voraussetzungen (S. 1)
	2. Unkenntlichmachung personenbezogener Daten der mel-
	denden Einzelperson (S. 2)
III.	Auskunft an den Betroffenen nach abgeschlossener operativer
	Analyse, wenn von einer Weiterleitung an Strafverfolgungsbehör-
	den abgesehen wurde (Abs. 2)
	1. Voraussetzungen (S. 1)
	2. Auskunftsverweigerung (S. 2)
	3. Unkenntlichmachung personenbezogener Daten der mel-
13.7	denden Einzelperson (S. 3 und 4)
1 V.	Auskunft an den Betroffenen nach abgeschlossener operativer Analyse, wenn der Sachverhalt an die Strafverfolgungsbehörden
	weitergeleitet wurde (Abs. 3)
V.	Schutz von Personen, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum
	Verpflichteten stehen (Abs. 4)
VI.	Recht der Beschwerde (Abs. 5)
	hock chan do
A	bschnitt 7. Aufsicht, Zusammenarbeit, Bußgeldvorschriften,
	Datenschutz
	§ 50 Zuständige Aufsichtsbehörde
	Allgemeines
	Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL
III.	Die zuständigen Behörden
	C 54 A C 1 1 .
	§ 51 Aufsicht
I.	Allgemeines
II.	Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL
	Ausübung der Aufsicht (Abs. 1, 2a)
	Maßnahmen und Anordnungen (Abs. 2) Durchführung von Prüfungen (Abs. 3)
	Kostenerhebung (Abs. 4)
	Untersagung der Geschäfts- oder Berufsausübung (Abs. 5)
VIII.	Abhilfezuständigkeit in Eilfällen (Abs. 5a)
IX.	Spezielle Zuständigkeit für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 13
	(Abs. 5b)
X.	Sonderzuständigkeit (Abs. 6)
XI.	Zusätzliche Auskunftsmöglichkeiten im Kontext des Glücksspiels
VII	(Abs. 7)
	Dokumentationspflichten der Aufsichtsbehörden (Abs. 9)
VIV	Unterrichtungspflichten (Abs. 10)
$\Delta I V$	

XV.	Bußgeldvorschriften	Rn. 18
		don
	Verarbeitung personenbezogener Daten durch Aufsichtsbehör	
1.	Allgemeines Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	1
11.	Verarbeitung personenbezogener Daten	1a 2
111.	verarbeitung personenbezogener Daten	
	§ 52 Mitwirkungspflichten	
I.	Allgemeines	1
	Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	2
III.	Auskünfte und Prüfungen durch die zuständigen Behörden	
	(Abs. 1–3, 6)	3
	Auskunftsverweigerungsrechte (Abs. 4, 5)	5
V.	Bußgeldvorschriften	7
	§ 53 Hinweise auf Verstöße	
	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	4
III.	System zur Annahme von Hinweisen potenzieller oder tatsächli-	
	cher Verstöße (Abs. 1 und Abs. 2)	5
IV.	Umgang mit personenbezogenen Daten des Betroffenen und des	4.4
7.7	Hinweisgebers (Abs. 2–4)	11
V.	Benachteiligungsschutz für den Hinweisgeber (Abs. 5)	15 17
	Beschwerdeverfahren für den Hinweisgeber (Abs. 5a)	1/
V 11.	Ausschluss der Einschränkung von Rechten der Hinweisgeber (Abs. 6)	18
VIII	Keine Beschränkung von Verfahrensrechten Betroffener (Abs. 7)	19
	Vorrang § 4d FinDAG (Abs. 8)	20
11 21		
	§ 54 Verschwiegenheitspflicht	
	Allgemeines	1
	Verschwiegenheitspflicht (Abs. 1 und Abs. 2)	3
111.	Befugnis zum Offenbaren oder für eine Verwertung von dienst-	7
137	lich erlangten Tatsachen (§ 54 Abs. 3)	14
1 V.	weitergabe von Tatsachen (g 54 7105. 4)	17
	§ 55 Zusammenarbeit mit anderen Behörden	
I.	Allgemeines	1
	1. Hintergrund und Normgeschichte	1
	2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL, die AMLA-VO	7
ŢΤ	und die "Better-data-sharing"-VO	10
11.	Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden untereinander	10
	(S. 1)	10
	2. Pflicht zum Informationsaustausch (S. 2)	11
	3. Datenübermittlung an die zuständige Verwaltungsbehörde	
	(S. 3)	13

		Rn.
	4. Mitteilung an Strafverfolgungsbehörden (S. 4)	16
III.	Übermittlung der Daten aus der Gewerbeanzeige an die zuständi-	
	gen Aufsichtsbehörden (Abs. 2)	18
IV.	Übermittlung der Daten aus der FinVermV und der VersVermV	
	an die zuständigen Aufsichtsbehörden (Abs. 3)	21
V.	Mitteilungsverlangen Koordinierender Stellen der Länder an	
	Finanzbehörden (Abs. 3b)	25
VI.	Weitergehende Befugnisse der Aufsichtsbehörden zur Datenverar-	
	beitung (Abs. 4)	27
VII.	Koordination von Maßnahmen in grenzüberschreitenden Fällen	
	(Abs. 5)	28
VIII.	Datenübermittlung an die EBA (Abs. 6)	29
	1. Allgemeines	29
	2. Mitteilungspflicht auf Verlangen der EBA (S. 1)	31
	3. Zurverfügungstellung der Daten nach Maßgabe Art. 35 der	
	VO (EU) 1093/2010 (S. 2)	35
	Unterrichtung der EBA in Sonderfällen (Abs. 6a)	37
	BaFin als Kontaktstelle für die EBA (Abs. 6b)	38
XI.	Beschränkungen des Informationsaustauschs mit Aufsichtsbehör-	20
3777	den anderer EU-Mitgliedstaaten (Abs. 7)	39
XII.		4.4
	staaten (Abs. 8)	44
	hody chan do	
	§ 56 Bußgeldvorschriften, Verordnungsermächtigung	
I.	Allgemeines	1
	Allgemeines 1. Normhistorie HBUCHHANDLUNG	1
	2. Grundzüge des Ordnungswidrigkeitenrechts	2
	a) Rechtsnatur von Ordnungswidrigkeiten und Unter-	
	schiede zum Strafrecht	2
	b) Normadressaten von § 56	5
	c) Objektiver Tatbestand	7
	d) Subjektiver Tatbestand	8
	e) Vorwerfbarkeit	11
	f) Verjährung	12
	g) Im Ausland begangene Verstöße durch im Inland Ver-	
	pflichtete	13b
	3. Ordnungswidrigkeitenverfahren nach dem GwG in der Pra-	
	xis	14
	4. Strafbarkeit bei Verstößen gegen GwG-Pflichten	17
	5. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO und die 6. EU-Geld-	4.0
**	wäsche-RL	18a
11.	Ordnungswidrigkeitenkatalog für vorsätzliche oder leichtfertige	10
	Pflichtenverstöße (Abs. 1)	19
	1. Vorbemerkungen	19
	Die Bußgeldtatbestände (Nr. 1–73) Bußgeldrahmen bei Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1	20
		95a
	(S. 2)	JJa

III		Rn.
111.	Ordnungswidrigkeitenkatalog für vorsätzliche oder fahrlässige	
	Pflichtenverstöße (Abs. 2)	96
	1. Vorbemerkungen	96
	2. Die Bußgeldtatbestände (Nr. 1–8)	98
	3. Bußgeldrahmen bei Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 2	
17.7	(S. 2)	105
IV.	Bußgeldrahmen bei vorsätzlich oder leichtfertig begangenen	
	schwerwiegenden, wiederholten oder systematischen Verstößen (Abs. 3)	106
	1. Vorbemerkungen	106
	Bußgeldrahmen für Verpflichtete aus dem Nicht-Finanzsek-	100
	tor (S. 1 und 2)	107
	3. Bußgeldrahmen für Verpflichtete aus dem Finanzsektor	
	(S. 3–5)	111
V.	Bemessung der Geldbuße	114
	Gesamtumsatz (Abs. 4)	120
	Zuständige Verwaltungsbehörden (Abs. 5)	123
VIII.	Besonderheiten in Fällen der Zuständigkeit des Finanzamts als	105
IV	Verwaltungsbehörde (Abs. 5a)	125a
IA.	Datenübermittlung der Verwaltungsbehörde an die Aufsichtsbehörde (Abs. 6)	126
X	Überprüfung im Hinblick auf einschlägige Verurteilung (Abs. 7)	129
XI.	Information der EBA (Abs. 8)	130
§ 57	Bekanntmachung von bestandskräftigen Maßnahmen und von	on
3	unanfechtbaren Bußgeldentscheidungen	
I	Allgemeines OF FACHBUCHHANDI UNG	1
I. II.	Allgemeines IE. FACHBUCHHANDLUNG.	1
II.	Allgemeines E. FACHBUCHHANDLUNG. Ausblick auf die AML-RL	1 6 7
II.	Allgemeines IE. FACHBUCHHANDLUNG. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken	6
II.	Allgemeines I.F. FACHBUCHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntma-	6 7 7
II.	Allgemeines IE. FACHBUCHHANDLUNG. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung	6 7 7 11
II.	Allgemeines IF. FACHBUCHHANDLUNG. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung	6 7 7 11 14
II. III.	Allgemeines FACHBUCHHANDUMG Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung	6 7 7 11
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Außschiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnah-	6 7 7 11 14 15
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Außschiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnahmen (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3)	6 7 7 11 14 15
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Außschiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnah-	6 7 7 11 14 15
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Außechiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnahmen (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3) Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4) und Rechtsschutz	6 7 7 11 14 15
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Außschiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnahmen (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3)	6 7 7 11 14 15
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Außechiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnahmen (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3) Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4) und Rechtsschutz	6 7 7 11 14 15
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Aufschiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnahmen (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3) Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4) und Rechtsschutz § 58 (aufgehoben)	6 7 7 11 14 15
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Aufschiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnahmen (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3) Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4) und Rechtsschutz § 58 (aufgehoben)	6 7 7 11 14 15 18 23
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Aufschiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnahmen (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3) Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4) und Rechtsschutz § 58 (aufgehoben) § 59 Übergangsregelung Anlage 1	6 7 7 7 111 144 155 188 233
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Außschiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnahmen (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3) Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4) und Rechtsschutz § 58 (aufgehoben) § 59 Übergangsregelung	6 7 7 7 111 144 155 188 233
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung Aufschiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnahmen (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3) Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4) und Rechtsschutz § 58 (aufgehoben) § 59 Übergangsregelung Anlage 1	6 7 7 7 111 144 155 188 233
II. III.	Allgemeines L. FACHBLICHHANDLING. Ausblick auf die AML-RL Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) 1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken 2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntmachung 3. Vorherige Unterrichtung 4. Inhalt der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnahmen (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3) Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4) und Rechtsschutz § 58 (aufgehoben) § 59 Übergangsregelung Anlage 1 Faktoren für ein potenziell geringeres Risiko	6 7 7 7 11 14 15 18 23 S.

		Rn.
	Kapitel 2	
	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz - KWG)	
	§ 6a Besondere Aufgaben	
т		1
	Allgemeines Voraussetzungen der Anordnungsbefugnis	3
III	Rechtsmittel	7
IV.	Abgrenzung zum AWG und GwG	8
	Exkurs: Finanzsanktionen	9
	§ 24c Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	
I.	Allgemeines	1
	Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL	2a
	Verpflichtete zur Vorhaltung der Konto-Abrufdatei	3
	Inhalt der Konto-Abrufdatei	5
	Abrufberechtigte	18
	Datenschutzaspekte	26
	Kostentragung	28
	Rechtsverordnungsermächtigung	29
IA.	Sanktionen	30
§ 25	5g Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im	l
_	bargeldlosen Zahlungsverkehr	
I.	Allgemeines	1
II.	Geldtransferverordnung (Abs. 1 Nr. 1)	4
	1. Gegenstand, Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen	
	(Art. 1=3) ACTIDOCTITIANDEUNG	5
	2. Die Pflichten des Zahlungsdienstleisters des Zahlers	
	(Art. 4-6) sowie des Anbieters von Kryptodienstleistungen	
	des Originators (Art. 14–15)	8
	3. Die Pflichten des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsemp-	
	fängers (Art. 7–9) sowie des Anbieters von Krypto-Dienst-	
	leistungen des Begünstigten (Art. 16–18)	11
	4. Pflichten des zwischengeschalteten Zahlungsdienstleister	
	68(Art. 10–13) sowie des zwischengeschalteten Anbieters	15
	von Krypto-Dienstleistungen (Art. 19–22)	15
	zeichnungen (Art. 21–27)	16
	6. Sanktionen, Überwachung und Ausnahmeregelungen	10
	(Art. 28 ff.)	19
Ш	Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen (Abs. 1	1)
111.	Nr. 2)	22
IV.	Verordnung zur Festlegung der technischen Vorschriften und der	
	Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in	
	EUR (Abs. 1 Nr. 3)	23
V.	Verordnung über Interbankenentgelte für kartengebundene Zah-	
	lungsvorgänge (Abs. 1 Nr. 4)	24
VI.	Einrichtung von Verfahren und Kontrollsystemen (Abs. 2)	25

		Rn.
VII.	Anordnungsbefugnis der BaFin (Abs. 3)	26
	§ 25h Interne Sicherungsmaßnahmen	
I.	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	5a
	Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement und	
	Sicherungsmaßnahmen (Abs. 1)	6
	Datenverarbeitungssysteme (Abs. 2)	11
	Untersuchung, Dokumentation, Informationsaustausch (Abs. 3) .	19
	Auslagerung interner Sicherungsmaßnahmen (Abs. 4)	23
	Anordnungsbefugnis der BaFin (Abs. 5)	25
VIII.	Einrichtung einer zentralen Stelle (Abs. 7)	26
	§ 25i Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld	
I.	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	3a
III.	Adressaten der Regelung	4
IV.	Sorgfaltspflichten bei der Ausgabe von E-Geld (Abs. 1)	5
V.	Absehen von Sorgfaltspflichten (Abs. 2)	6
VI.	Verpflichtung zur Führung von E-Geld-Inhaber-Dateisystem	_
3711	(Abs. 3)	7
V 11.	Zahlungen mit in Drittstaaten ausgestellten anonymen Guthaben- karten (Abs. 3a)	8
VIII.	Anordnungskompetenz der BaFin (Abs. 4)	9
	§ 25j Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung	
ī	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO	1a
	Vereinfachung der Identifizierung	2
	§ 25k Verstärkte Sorgfaltspflichten	
I.	Allgemeines	1
	Sortengeschäft (Abs. 1)	3
III.	Sorgfaltspflichten für Institute, die Factoring betreiben (Abs. 2)	6
§ 251 C	Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesellscha	ften
I.	Allgemeines	1
II.	Pflichten für Finanzholdinggesellschaften	2
	§ 25m Verbotene Geschäfte	
I.	Allgemeines	1
II.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	1a
III.	Verbot von Geschäftsbeziehungen mit Bank-Mantelgesellschaften	
	(Nr. 1)	2
IV.	Verbot von Durchlaufkonten (Nr. 2)	3

	Rn.
Kapitel 3	
Geldwäscherechtliche Pflichten im Zahlungsdiensteaufsichtsgeset (ZAG)	Z
I. Allgemeines	1
II. Geldwäscherechtlich bedeutsame Regelungen im ZAG	4
1. Erlaubniserteilung	5
2. Versagung der Erlaubnis	6
3. Anteilseignerkontrolle	7
4. Abberufung des Geschäftsleiters	8
5. Prüfung durch Abschlussprüfer	9
6. Geldwäscherechtliche Pflichten für Agenten	10
7. Besondere organisatorische Pflichten sowie Sicherungsmaß-	4.0
nahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	12
8. Zweigniederlassungen aus dem EWR	16
9. Zugang zu Zahlungskontodiensten 10. Bußgeldvorschriften	18 19
10. Bungelavorschriften	19
Geldwäscherechtliche Pflichten im Wertpapierinstitutsgesetz (WpI	G)
I. Allgemeines	20
II. Geldwäscherechtlich bedeutsame Regelungen im WpIG	24
Gesetzlicher Aufsichtsrahmen für Große Wertpapierinstitute	- '
(§ 4 WpIG)	24
2. Erlöschen und Aufhebung der Erlaubnis (§ 19 Abs. 2 Nr. 4	
WpIG)	26
3. Maßnahmen gegen Geschäftsleiter, Mitglieder von Verwal-	
tungs- und Aufsichtsorganen und sonstige Mitarbeiter eines	
Wertpapierinstituts	27
a) Maßnahmen gegen Geschäftsleiter und Mitglieder des	
Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans (§ 22 WpIG)	28
b) Tätigkeitsverbote für natürliche Personen, die nicht	
Geschäftsleiter sind (§ 23 WpIG)	29
4. Beurteilungskriterien und Untersagung bei bedeutender	
Beteiligung (§ 26 WpIG)	30
5. Verpflichtungen von Wertpapierinstituten bei der Bestel-	
lung vertraglich gebundener Vermittler (§ 28 WpIG)	31
6. Vorkehrungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Ter-	
rorismusfinanzierung (§§ 33 ff. WpIG)	32
a) Interne Sicherungsmaßnahmen (§ 33 WpIG)	33
b) Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung (§ 34 WpIG)	34
c) Verstärkte Sorgfaltspflichten (§ 35 WpIG)	35
d) Geldwäscherechtliche Pflichten für Investmentholding-	26
gesellschaften (§ 36 WpIG)	36 37
7. Errichten einer Zweigniederlassung durch Wertpapierinsti-	37
tute mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat (§ 73 WpIG) .	38
8. Besondere Pflichten des Prüfers (§ 78 WpIG)	39
9. Bußgeldvorschriften und Bekanntmachungen	40
50101010101110011 0110 201011110110110115011 1111111111	

		Rn.
	Kapitel 4	
	Strafgesetzbuch (StGB)	
	§ 89c Terrorismusfinanzierung	
I.	Zweck und Normgenese	1
II.	Statistik	8a
	Rechtsgut und Deliktsnatur	9
	Verfassungsrechtliche und strafrechtstheoretische Bedenken	11
V.	Tatbestände, Abs. 1 und 2	15
	1. Objektiver Tatbestand, Abs. 1 und 2	17
	a) Vermögenswerte	18
	b) Sammeln	20 23
	c) Entgegennehmen d) Zur Verfügung stellen	23
	e) Entgeltliche Rechtsgeschäfte, Alltagsgeschäfte	26
	2. Subjektiver Tatbestand, Abs. 1 und Abs. 2	28
	a) Vorsatz bezüglich der eigenen Tathandlung	29
	b) Dolus directus hinsichtlich einer Katalogtat nach	
	Abs. 1 Nr. 1–8	30
	c) Vorsatz bezüglich der Verwendung zur Begehung	
	einer Katalogtat	34
	d) Terrorismusbezug der vorgestellten Katalogtat, Abs. 1	
T 7T	S. 2	38
VI.	Geltung für Auslandstaten, Abs. 3	44
	Allgemeines Europäisches Territorialitätsprinzip, Abs. 3 S. 1	44 46
	3. Einschränkung für Taten außerhalb der EU, Abs. 3 S. 2	47
VII	Verfolgungsermächtigung, Abs. 4	49
VIII.	Rechtsfolgen	52
	1. Regelstrafrahmen, Milderung und Absehen von Strafe nach	
	Abs. 5	52
	2. Minder schwerer Fall, Abs. 5	53
	3. Tätige Reue	55
IX.	Konkurrenz	58
	224 2 11 11 1	
_	§ 261 Geldwäsche	
	Entstehungsgeschichte	1
11.	Kriminalpolitische Bedeutung	8
	1. Kriminalpolitische Ziele	8 10
	Kriminalpolitische (Miss-)Erfolge bis 2021 Scheitern des kriminalpolitischen Programms	11
Ш	Reform 2021 – Wechsel zum all-crimes-Ansatz	13
111.	Gesetz zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung	13
	der Geldwäsche	13
	2. Kritik und Folgen der Reform	21
	3. Polizeiliche Verfahren und Verurteilungen nach der	
	Reform 2021	25a
IV.	Rechtsnatur und Struktur des § 261 – Überblick über die Rege-	
	lung	26

			Rn
	1. A	allgemeines	26
	2. F	Kechtsgut	35
		a) Staatliche Rechtspflege und Ermittlungsinteresse der	
		Strafverfolgungsbehörden	38
		b) Rechtsgüter der Vortaten	39
		c) Legaler Wirtschafts- und Finanzkreislauf und Volkswirt-	
		schaft	40
		d) Innere Sicherheit	41
		e) Pluralistische Rechtsgutsbestimmungen	42
		f) Rechtsprechung, Auslegung und Ergebnis	43
V.	Die tat	bestandlichen Voraussetzungen des § 261 im Einzelnen	48
	1. (Gegenstand	48
		Vortaten	51
		a) Anforderungen an die Vortat und Nachweis der Vor-	
		tat	52
		b) Auslandstaten, Abs. 9	59
		c) Dekontamination durch Zeitablauf	64
	3	Herrühren" aus der Vortat	66
	٥. ,,	a) Problematik des Begriffs des Herrührens	66
		b) Auslegung des Begriffs des Herrührens nach der	00
		Rechtsprechung	71
		c) Unmittelbar aus der Tat herrührende Gegenstände	75a
		d) Tatmittel	80
		e) Tatobjekte iSd § 74 Abs. 2 (Beziehungsgegenstände)	81
		f) Mittelbar auf die Tat zurückzuführende Gegenstände .	82
		g) Auswirkungen der Vermischung sauberer und schmut-	02
		ziger Vermögenswerte – Lehre von der Totalkontami-	
		nation	92
	4 7	Zeitliches Verhältnis von Vortat und Geldwäschehandlung	972
		athandlungenGetat und Getawaschenandlung	98
	5. 1		101
		a) Verbergungstatbestand, Abs. 1 S. 1 Nr. 1	106
		b) Vereitelungstatbestand, Abs. 1 S. 1 Nr. 2	
		c) Isolierungstatbestand, Abs. 1 S. 1 Nr. 3 und Nr. 4	111
		d) (modifizierter) Verschleierungstatbestand, Abs. 2	122
	/ 7	e) Geldwäsche durch Unterlassen	129
	6. 1	Tatbestandseinschränkungen	134
		a) Tatbestandsausschluss bei straflosem Vorerwerb, Abs. 1	40
		S. 2	134
		b) Strafverteidigerprivileg, Abs. 1 S. 3	142
		c) Kontrollierte Transaktionen	159
		d) Alltagsgeschäfte	160
	7. S	ubjektiver Tatbestand	161
		a) Vorsatz gem. Abs. 1 und Abs. 2	162
		b) Leichtfertigkeit, Abs. 6	164
		c) Auswirkungen auf gefährdete Berufsgruppen	167
		Qualifikation für Verpflichtete nach §§ 2 GwG, Abs. 4	176
		Versuch, Abs. 3	181
71	Rechts	folgen	182

	Rn.
1. Strafrahmen und Strafzumessung	182
2. Einziehung, Abs. 10	184
a) Einziehung des Geldwäschegegenstandes als Tatobjekt, Abs. 10 S. 1 und S. 2	184
b) Vorrang der Tatertragseinziehung (§§ 73 ff. StGB)	
gegenüber der Tatobjekteinziehung, Abs. 10 S. 3	189
VII. Strafausschließungsgrund bei Vortatbeteiligung, Abs. 7	194
Grundgedanke und Entwicklung Ausnahme vom Grundsatz der Straffreiheit der Selbstgeldwä-	194
sche	197
Alleinige Strafbarkeit der Vortat im Ausland Erwiesensein der Vortat	201 202
VIII. Selbstanzeige, Abs. 8	203
IX. Konkurrenzen	209
X. § 262, Führungsaufsicht	212
Kapitel 5	
Verordnung zu den nach dem Geldwäschegesetz meldepflichtiger	1
Sachverhalten im Immobilienbereich	1 77
(Geldwäschegesetzmeldepflichtverordnung-Immobilien – GwGMeld Immobilien)	1 V-
Einleitung	
	1
I. Hintergrund II. Allgemeine Anmerkungen zur GwGMeldV-Immobilien	4
III. Die GwGMeldV-Immobilien in der Praxis	7
1. Entwicklung der Fallzahlen	7
Entwicklung der Fallzahlen Evaluation und praktische Erfahrungen	10
IV. Entwicklung der GwGMeldV-Immobilien und Ausblick	15
Eingangsformel	
§ 1 Regelungsbereich	
I. Vorbemerkungen	1
II. Meldepflicht (S. 1)	2
12 GwG	2
2. Meldepflicht nach § 43 Abs. 1 GwG und Folgen	8
3. Erwerbsvorgänge nach § 1 GrEStG 4. Geltung für andere Verpflichtete und außerhalb des Immo-	12
biliensektors	15
III. Keine Ermittlungspflicht (S. 2)	18
§ 2 Begriffsbestimmungen	
I. Vorbemerkung	1
II. Begriffsdefinitionen	2
§ 3 Meldepflichten wegen eines Bezugs zu Risikostaaten oder Sanktionslisten	
I. Vorbemerkungen	1

		Rn.
II.	Meldepflicht bei Bezug des Beteiligten oder wirtschaftlich	
	Berechtigten zu einem Risikostaat (Abs. 1)	3
III.	Meldepflicht bei Bezug eines Geschäftsgegenstands oder Bank-	4.0
137	kontos zu einem Risikostaat (Abs. 2)	10
1 V.	Berechtigten in einer Sanktionsliste (Abs. 3)	13
V.	Informationspflicht für die FIU (Abs. 4)	14
	eldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit o beteiligten Personen oder dem wirtschaftlich Berechtigten	len
I.	Vorbemerkungen	1
II.	Meldepflicht bei Verstoß gegen Pflichten nach § 11 Abs. 6 GwG (Abs. 1)	2
Ш	Meldepflicht bei unrichtigen oder unvollständigen Identitätsanga-	4
111.	ben (Abs. 2)	7
	Meldepflicht bei Treuhandverhältnissen (Abs. 3)	9
V.	Meldepflicht bei laufendem Ermittlungsverfahren, Strafverfahren	
	oder Verurteilung wegen Geldwäsche oder einer Geldwäschevor-	11
	tat (Abs. 4) 1. Voraussetzungen der Meldepflicht (Abs. 4 S. 1)	11 11
	2. Ausnahmen von der Meldepflicht (Abs. 4 S. 2)	18
VI.	Meldepflicht bei grobem Missverhältnis vom Erwerbsvorgang zu	
	legalem Einkommen und Vermögen (Abs. 5)	20
VII.	Meldepflicht bei Vermittlung der wirtschaftlichen Berechtigung	
37111	über einen Drittstaat (Abs. 6)	22
V 111.	(Abs. 7) The FACT BUCHTAN LLUIS (Abs. 7)	24
	()	
§ 5	Meldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mi	t
	Stellvertretung	
I.	Vorbemerkungen	1
II.	Meldepflicht bei Nichtvorlage einer schriftlichen Vollmacht nach	
III	Aufforderung (Nr. 1)	2
111.	(Nr. 2)	3
IV.	Meldepflicht bei unklarem Grundverhältnis (Nr. 3)	4
	Meldepflicht bei Vollmachten durch konsularische Vertretung aus	
	Drittstaat mit erhöhtem Risiko (Nr. 4)	6
C / N#	11 (P.1) A (PH) 1 1 2 7 1 1 2 1	
g o Me	eldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit d Preis oder einer Kauf- oder Zahlungsmodalität	lem
I.	Vorbemerkungen	1
II.	Meldepflicht bei auffälligen Zahlungsmodalitäten (Abs. 1)	2
	1. Gegenleistung über 10.000 Euro durch Bargeld, Gold, Platin oder Edelsteine (Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a)	2
	2. Gegenleistung über 10.000 Euro mittels anderer Barmittel	2
	(Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b)	3

		Rn.
	3. Gegenleistung über 10.000 Euro mittels Kryptowerten	_
	(Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c)	5
	Buchst. d)	7
	5. Auffällige, mehr als 25-prozentige Abweichungen beim Verkehrswert (Abs. 1 Nr. 2)	10
	6. Zahlungen vor Vertragsabschluss (Abs. 1 Nr. 3)	12
	7. Gegenleistung von Dritten oder an Dritte (Abs. 1 Nr. 4) 8. Fälligkeit der Gegenleistung über ein Jahr nach Stellung des	13
	Eintragungsantrags (Abs. 1 Nr. 5)	15
III.	Meldepflicht bei Weiter- oder Rückveräußerung innerhalb von	16
IV.	zwei Jahren (Abs. 2) Meldepflicht bei Zahlung über Anderkonto ohne berechtigtes	10
	Sicherungsinteresse (Abs. 3)	20
V.	Meldepflicht bei Verstoß gegen Nachweispflicht nach § 16a Abs. 2 S. 1 GwG trotz Aufforderung (Abs. 4)	21
ī	§ 7 Ausnahme von der Meldepflicht Vorbemerkungen	1
II.	Ausnahme von der Meldepflicht (S. 1)	4
III.	Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht (S. 2 und 3)	6
	§ 8 Inkrafttreten	
	DECK Kapitel 6 DD_CE	
Ges	setz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen	ı
	(Versicherungsaufsichtsgesetz - VAG)	
ī	§ 52 Verpflichtete Unternehmen Allgemeines	1
	Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO	3
III.	Verpflichtete Unternehmen	4
	§ 53 Interne Sicherungsmaßnahmen	
	Allgemeines	1
	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO Informationsübermittlung (Abs. 1)	3 5
	Berichte der internen Revision (Abs. 2)	6
	§ 54 Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf den	
	Bezugsberechtigten	
I.	Allgemeines	1
	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO	3
	lich Berechtigte und sonstige Dritte	4
IV.	Bußgeldtatbestände	8
	§ 55 Verstärkte Sorgfaltspflichten	
I.	Allgemeines	1

		Rn.
III.	Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO Verstärke Sorgfaltspflichten Bußgeldvorschriften	2 3 6
	Kapitel 7	
eldu	ordnung über die Form von und die erforderlichen Angaben ingen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchung nach § 43 Absatz 1 und § 44 des Geldwäschegesetzes (GwG- Meldeverordnung – GwGMeldV)	in gen
	Vorbemerkungen	
	1. Hintergrund 2. Entstehungsgeschichte 3. Erfüllungsaufwände 4. Bußgeldbewehrung 5. Fazit	1 3 7 9 10
	§ 1 Anwendungsbereich	
	§ 2 Form elektronischer Meldungen	
II.	Allgemeines Verwendung von goAML (Abs. 1) Verwendung von XML-Datensätzen oder Eintragung in die	1 2
IV.	goAML-Datenfelder (Abs. 2)	5
	Störung von goAML (Abs. 4) HHANDLUNG	9
	§ 3 Erforderliche Angaben in Meldungen	
	Vorbemerkungen Erforderliche Angaben in Meldungen 1. Aktenzeichen oder ein sonstiges Bezugskennzeichen des	1
	Meldenden (Nr. 1) 2. Aktenzeichen oder sonstiges Bezugskennzeichen des Meldenden sowie FIU-Aktenzeichen einer vorangegangenen	3
	Meldung, zu der ein Zusammenhang naheliegt (Nr. 2) 3. Angabe eines oder mehrerer der von der FIU zur Auswahl	4
	gestellten Meldegründe (Nr. 3)	5 6
	Sachverhalt der Meldung im Zusammenhang stehen (Nr. 5)	8
III.	(Nr. 6)	11
	ben bei Meldungen von Verpflichteten (Abs. 2)	15 15

	Rn.
2. Erforderliche Angaben bei Meldungen von Verpflichteten	
(S. 2)	17
a) Vorbemerkung	17
b) Daten zu Vertragspartnern und ggf. für diese auftreten-	
den Personen (Nr. 1)	18
c) Daten zu wirtschaftlich Berechtigten (Nr. 2)	19
d) Informationen zur Geschäftsbeziehung (Nr. 3)	21
IV. Pflicht zu weiteren Angaben, soweit vorliegend und zur Darstel-	
lung des Sachverhalts erforderlich (Abs. 3)	23
V. Vorgaben zu Sachverhalten, die verschiedene Personen oder	26
rechtsfähige Personengesellschaften betreffen (Abs. 4)	26
VI. Beiftigung von Unterlagen nach § 8 GwG, soweit zur Darstellung des Sachverhalts erforderlich (Abs. 5)	28
lung des Sachvenhaus enfordemen (Abs. 5)	20
S 4 Taskeriada Vanfakaan Ülannaüfung Maldungan	
§ 4 Technische Verfahren zur Überprüfung von Meldungen	
§ 5 Inkrafttreten	
3 0 2000	
Anlage (zu § 3 Absatz 3)	
I. Allgemeine Anmerkungen zur Anlage	1
II. Anmerkungen zu den einzelnen Punkten der Anlage	2
1. Allgemeine Angaben (A)	2
a) Vorbemerkung	2
b) Datum des Beginns und der etwaigen Beendigung der	
Geschäftsbeziehung (Nr. 1)	3
c) Angaben zu einem Konto (Nr. 2)	4
d) Angaben bei einem Schließfach (Nr. 3)	12
e) Angaben zu Vermögensgegenständen iSv § 1 Abs. 7	
GwG (Nr. 4)	13
f) Angaben bei einer Immobilie iSv § 1 Abs. 7a GwG	
(Nr. 5)	14
2. Zusätzliche Angaben bei Transaktionen iSv § 1 Abs. 5	10
GwG (B)	19 19
a) Vorbemerkung	19
onsnummer als Transaction-ID (Nr. 1)	20
c) Transaktionsverfahren (Nr. 2)	21
d) Transaktionsbeteiligte (Nr. 3)	22
e) bei Transaktionen mit mehr als zwei Beteiligten: Land	
des Wohnsitzes oder Sitzes sowie die jeweilige Rolle	
der Beteiligten (Nr. 4)	24
f) Datum der Transaktion (Nr. 5)	25
g) Betrag und Währung der Transaktion bzw. Angabe des	
Kryptowertes und des Wechselkurses (Nr. 6)	26
h) Art der Transaktion (Nr. 7)	27
i) Art des Vermögenswertes, der Gegenstand der Transak-	
tion ist oder mit ihr im Zusammenhang steht (Nr. 8) .	28
i) Angaben bei SWIFT-Transaktionen (Nr. 9)	29

	Rn.
k) Angaben bei Transaktionen mit anderen Kontonum- mernsystemen als SWIFT (Nr. 10)	30 31
GwG (C)	32
a) Vorbemerkung	32
b) Name des Anbieters von Kryptowerte-Dienstleistun-	
gen (Nr. 1)	33
c) İnhaber und Bevollmächtigte des betreffenden Kryptowertekontos (Nr. 2)	34
d) weitere Informationen zur Unterscheidung unter- schiedlicher Kryptowertekonten (Nr. 3)	35
e) Angaben bei einem Kryptowertetransfer iSv § 1	
Abs. 30 GwG (Nr. 4)	36
	S.
Sachregister	1673

